Michael Schwartz
Funktionäre mit Vergangenheit

Michael Schwartz

Funktionäre mit Vergangenheit

Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“

In Zusammenarbeit mit Michael Buddrus, Martin Holler und Alexander Post

Oldenbourg Verlag München 2013

Gefördert durch das Bundesministerium des Innern

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2013 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Tel: 089 / 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Konzept und Herstellung: Karl Dommer
Einbandgestaltung: hauser lacour
Satz: Typodata GmbH, Pfaffenhofen a.d. Ilm
Druck und Bindung: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706

ISBN 978-3-486-71626-9
eISBN 978-3-486-71745-7

Inhalt

Vorwort IX

I. Vertriebenenpolitiker und NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik: Eine Annäherung 1

1. BdV-Gründung und politisches Profil des Gründungspräsidiums von 1958 7
2. Vertriebenenverbände und NS-Vergangenheit: Die „Charta der Heimatvertriebenen“ von 1950. 19
3. Vertriebenenpolitiker und NS-Vergangenheit: Öffentliche Positionen von Erich Schellhaus, Otto Ulitz und Linus Kather 27
4. BdV und NS-Vergangenheit: Der öffentliche Skandal um Bundesvertriebenenminister und BdV-Präsident Hans Krüger 1963/64 . . . 43
5. BdV und NS-Vergangenheit: Der nichtöffentliche Konflikt um ein angebliches NS-Netzwerk in der BdV-Führung 1965. 68

II. Die Angehörigen des ersten BdV-Präsidiums: Lebensläufe bis 1933 . . . 83

1. Generationen und Generationserfahrungen 83
2. Unterschiedliche regionale Herkünfte und Prägungen 86
3. Soziale Schichtungen und biographische Ausgangslagen. 89
4. Bildungsgänge und beruflich-soziale Positionierungen 94
5. Politische Profilierungen bis 1933 124
   5.1. Die bereits politisch profilierte ältere Generation: Lodgman – Ulitz – Kather – Jaksch 124
   Der Deutschnationale: Rudolf Lodgman im Habsburgerreich und in der Tschechoslowakei 1911–1925 124
   Der liberale Nationalist: Otto Ulitz in Ost-Oberschlesien 1919–1933 148
   Der politische Katholik: Linus Kather in Ostpreußen 1921–1933. 157
   Der „k. u. k. Sozialdemokrat“: Wenzel Jaksch in der Tschechoslowakei 1919–1933 160
   5.2. Beginnende politische Profilierung der mittleren Generation bis 1933: Gille – Rehs – Schellhaus – Krüger – Trischler 165
   Konservativer Kommunalbeamter mit NS-Distanz: Alfred Gille 1928–1933. 166
   Konservativer Kommunalbeamter: Erich Schellhaus 1931–1933. 173
   Der völkische Rechtsradikale: Reinhold Rehs 1921–1933. 174

Rechtsgerichteter Milizionär und falscher „alter Kämpfer“: Hans Krüger 1923–1933 187
Nationalsozialistischer „Erneuerer“ unter den Jugoslawiendeutschen: Josef Trischler 1923–1933 190
5.3. Politische Sozialisation der jungen Generation: Gossing – Langguth – Mocker – Wollner 196
Vom Liberalen zum NSDAP-Mitglied: Hellmut Gossing 1932/33 196
Vom Liberalen zum NSDAP-Mitglied: Heinz Langguth 1928–1933 198
NS-Aktivist in der Tschechoslowakei: Karl Mocker 1930–1933 . 198
Unpolitische Kindheit: Rudolf Wollner bis 1933 201
5.4. Zusammenfassung: Politische Profile vor der NS-Herrschaft . . 202

III. Die Angehörigen des ersten BdV-Präsidiums: Politisches Verhalten 1933–1939 207
1. Die ältere Generation und das NS-Regime: Lodgman – Ulitz – Kather – Jaksch 211
Der deutschnationale NS-Sympathisant: Rudolf Lodgman 1938–1939 211
Die schiefe Ebene zur NS-Konformität: Otto Ulitz 1933–1939 241
Der resistente Katholik: Linus Kather 1933–1939 260
NS-Gegner und „Volkssozialist“: Wenzel Jaksch 1933–1939 267
Zwischenbilanz 276
2. Mitläufer und NS-Aktivisten in der mittleren Generation: Gille – Rehs – Schellhaus – Krüger – Trischler 277
Vom distanzierten zum loyalen NS-Bürgermeister: Alfred Gille 1933–1939 277
„Einwandfreier“ Nationalsozialist und Anwalt von NS-Verfolgten: Reinhold Rehs 1933–1939 286
Der konservative Mitläufer als NS-Bürgermeister: Erich Schellhaus 1933–1939 289
Schleppende Richter-Karriere und NS-Aktivismus: Hans Krüger 1933–1939 295
Volksdeutscher Abgeordneter mit Hilfe des NS-Regimes: Josef Trischler 1933–1939 300
3. Die junge Generation und das NS-Regime 1933–1939: Gossing – Langguth – Mocker – Wollner 302
Karriere eines NS-„Mitläufers“: Hellmut Gossing 1933–1939 302
Zwischen NS-Engagement und Rückzug: Heinz Langguth 1933–1939 306
Sudetendeutscher NS-Aktivist: Karl Mocker 1933–1939 308
Familiäre NS-Sozialisation: Rudolf Wollner 1933–1939 315

IV. Die Angehörigen des ersten BdV-Präsidiums: Politisches und militärisches Verhalten im Zweiten Weltkrieg 1939–1945 319

1. Die ältere Generation und der Zweite Weltkrieg: Lodgman – Ulitz – Kather – Jaksch 321
Eigensinniger NS-Sympathisant und Denunziant: Rudolf Lodgman von Auen 321
Leitender NS-Beamter und regionale Germanisierungspolitik: Otto Ulitz 325
Resistenter Strafverteidiger und Gestapo-Häftling: Linus Kather . . . 348
NS-Gegner im Exil zwischen allen Stühlen: Wenzel Jaksch 358

2. NS-Mitläufer und NS-Belastete in der mittleren Generation: Gille – Rehs – Schellhaus – Krüger – Trischler 375
NS-Besatzungsgouverneur in Osteuropa: Alfred Gille 376
NS-Mitläufer im Luftschutz: Reinhold Rehs 412
Wehrmachtsoffizier im NS-Partisanenkrieg: Erich Schellhaus 413
NS-Karrierist in Westpreußen – und Kriegsverbrecher? Hans Krüger 420
NS-Parlamentarier in Jugoslawien und Ungarn: Josef Trischler 447

3. Die junge Generation im Zweiten Weltkrieg: Gossing – Langguth – Mocker – Wollner 473
Wehrmachtsoffizier im NS-Partisanenkrieg: Hellmut Gossing 474
NS-Agrarfunktionär im Warthegau und Gestapo-Häftling: Heinz Langguth 479
Vom NS-Aktivismus zur Zurückhaltung: Karl Mocker 496
Freiwilliger in der Waffen-SS – und Kriegsverbrecher? Rudolf Wollner 504

V. Zusammenfassung der Ergebnisse 521

VI. Quellen- und Literaturverzeichnis 533

Ungedruckte Quellen 533

Gedruckte Quellen 538

Literaturverzeichnis 540

VII. Anhang: Kurzbiographien der dreizehn Mitglieder des ersten BdV-Präsidiums von 1958 559

Abkürzungsverzeichnis 585

Personenverzeichnis 589

Vorwort

Am 14. August 2006 erschien im „Spiegel“ ein Artikel unter der Überschrift „Unbequeme Wahrheiten“, der sich mit der Vergangenheit des Bundes der Vertriebenen (BdV) beschäftigte. Hier breitete das Hamburger Nachrichtenmagazin Aktenfunde aus, die darauf hindeuteten, dass es in der Führung des BdV „weit mehr Nazis“ gegeben habe, als bisher bekannt sei. Dies implizierte den Vorwurf an den BdV und seine Präsidentin Erika Steinbach, seit Jahren die eigene Verbandsgeschichte nicht aufarbeiten zu lassen und sie damit zu beschönigen. Als Reaktion hierauf wandte sich Frau Steinbach an das Institut für Zeitgeschichte unter seinem damaligen Direktor Horst Möller mit der Bitte, einen Projektantrag zur Untersuchung der „Biographien von Präsidialmitgliedern des Bundes der Vertriebenen und der Unterzeichner der Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ vorzulegen.

Überlegungen im IfZ ergaben, dass es sich um einen Personenkreis von etwa 100 Personen handelte. Problematischer als dieser relativ große Umfang der Untersuchungsgruppe war allerdings die Tatsache, „dass ein großer Teil der genannten Personen keine bekannten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte“ waren „und deshalb über jeden Einzelnen von ihnen intensive, zum Teil schwer kalkulierbare Archivrecherchen durchzuführen wären“. Daher entstand die Idee für ein „Pilotprojekt“, das „schon als in sich stimmiges Kleinprojekt sinnvoll wäre, aber natürlich auch als erste Etappe eines größeren Vorhabens dienen könnte“. Als zu untersuchende Gruppe wurde das Gründungspräsidium des BdV von 1958 ausgewählt, das heißt ein Kreis von 13 Personen. An dieser Kleingruppe sollte festgestellt werden, ob und inwieweit die betroffenen Personen quellenmäßig verifizierbar durch ihre Tätigkeit im NS-Regime oder durch eventuelle Beteiligung an Kriegsverbrechen belastet waren.

Vom Bundesministerium des Innern finanziell gefördert, wurde das Projekt Matthias Lempart übertragen, einem Osteuropahistoriker mit einschlägigen Sprachkenntnissen und Forschungserfahrungen. Im Frühjahr 2008 lag eine von ihm maßgeblich verfasste Pilot- bzw. „Machbarkeitsstudie“ vor. Als deren methodisches Hauptproblem konstatierte der Verfasser die Schwierigkeit, „in einer relativ kurzen Zeit wissenschaftlich fundierte und einigermaßen aussagekräftige Forschungsergebnisse“ für einen Personenkreis zu präsentieren, für den bisher nur wenige Angaben vorlagen. Bewertungen im Hinblick auf eventuelle Belastungen der betroffenen Personen fielen in der Regel vorsichtig aus. So hieß es zum Beispiel über Karl Mocker: „Der Lebenslauf Mockers bis 1945 bleibt noch weitgehend im Dunkeln und bedarf weiterer Erforschung, ohne die eine fundierte und objektive Bewertung seiner Person nicht möglich ist“. Zu Erich Schellhaus schrieb Lempart: „Um den Lebenslauf Schellhaus bis 1945 objektiv bewerten zu können, wäre es notwendig, auch sein Schicksal während der Kriegsjahre zu beleuchten“. Und über Alfred Gille hielt die Studie fest: „Die wichtige Frage nach einer möglichen Verstrickung Gilles in den Holocaust bzw. Kriegsverbrechen kann ohne weitere Forschungen nicht geklärt werden“.

Die Pilotstudie sollte als internes Arbeitsdokument dienen. Vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangt, zog sie zum Teil heftige Kritik auf sich, die sich zum einen auf diverse Einzelbewertungen, zum anderen darauf bezog, dass die Nachkriegskarrieren der Untersuchungsgruppe zu stark in den Vordergrund gerückt worden seien. Zugleich zeigten weitere Recherchen, die bis Ende des Jahres 2009 durchgeführt wurden, dass sich durch intensivere Forschungen noch „viele neue und signifikante Erkenntnisse gewinnen" ließen. Eine Bestandsaufnahme ergab, dass trotz der bisher durchgeführten Quellenrecherchen weiteres umfangreiches und weit verstreutes Aktenmaterial durchgearbeitet werden musste. In dieser Situation entschloss sich die Institutsleitung, die Thematik auf sachlich und personell breiter Grundlage wissenschaftlich zu bearbeiten und beauftragte zwei Mitarbeiter der Berliner Abteilung des lfZ, Michael Schwartz und Michael Buddrus, mit dieser Aufgabe. Im weiteren Verlauf wurde entschieden, Michael Schwartz mit der alleinigen Gesamtdarstellung der Ergebnisse zu betrauen, während die zugrunde liegende Archivforschung durch Michael Buddrus sowie die IfZ-Mitarbeiter Martin Holler und Alexander Post große Unterstützung erfuhr. Dabei hat Martin Holler durch seine Forschungen in ukrainischen und weißrussischen Archiven einen wichtigen Beitrag zur Klärung des Falles Gille geleistet.

Das Ergebnis dieses Projekts, dessen Leitung nunmehr der Stv. Direktor übernommen hatte, ist das vorliegende Gutachten. Auch wenn es nicht als Auftragsarbeit, sondern wesentlich aus Eigenmitteln des IfZ erstellt wurde, standen die Arbeiten aufgrund der Vorgeschichte unter starkem zeitlichen Druck. Allerdings war es für Institutsleitung und Bearbeiter wichtigstes Gebot, dass eine rasche Veröffentlichung keineswegs auf Kosten der „notwendigen fachlichen Solidität und Sorgfalt" geschehen dürfe. Diese Leitlinie ist durch das Ergebnis bestätigt worden. So umfasste das ursprüngliche Manuskript statt der zunächst angestrebten 150 bis 180 mehr als 800 Seiten. Eine vom Verfasser gekürzte und überarbeitete Fassung wurde Anfang März 2012 nach eingehender Begutachtung vom Wissenschaftlichen Beirat des lfZ zur Publikation angenommen.

Einige Anregungen und Hinweise der „Machbarkeitsstudie" aufgreifend, handelt das nunmehr vorliegende profunde Werk die Thematik auf gänzlich neuer Grundlage und empirisch umfassend ab. Infolgedessen liefert es nicht nur einen wichtigen Forschungsertrag zur Prosopographie des ersten BdV-Vorstands, sondern kann – wie im ersten Kapitel der Studie verschiedentlich bereits exemplarisch angedeutet – auch als Modell für künftige Untersuchungen größerer und anderer Personenkreise dienen. Damit findet eine Entwicklung ihren Abschluss, welche die Institutsleitung bereits unter Horst Möller eingeleitet hatte und die von seinem Nachfolger unterstützend begleitet wurde. Das Institut für Zeitgeschichte begrüßt es, wenn diese quellengesättigte Studie die am Beginn der Debatte stehenden Fragen großenteils klären und zugleich der Forschung neue Wege weisen kann.

München, im Juli 2012
Udo Wengst Andreas Wirsching

I. Vertriebenenpolitiker und NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik: Eine Annäherung

Dieses Gutachten ist nicht zufällig entstanden. Vorangegangen ist eine längere Diskussion in den Medien und in der Wissenschaft über die Rolle früherer Nationalsozialisten in der Spitze des 1957/58 gegründeten Einheitsverbandes der deutschen Vertriebenen und über etwaige individuell schuldhafte Belastungen führender Vertriebenenfunktionäre in der NS-Zeit.

Es ist wichtig, diese Debatte ernsthaft zu führen und nach wissenschaftlichen Kriterien möglichst zu objektivieren. Sie leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Selbstvergewisserung unserer Gesellschaft über ihre NS-Vergangenheit und ihren wechselhaften Umgang mit derselben; sie ermöglicht auch dem „Bund der Vertriebenen" (BdV) und darüber hinaus allen Vertriebenen bzw. deren Nachfahren eine selbst-kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte ihrer erst durch die Gewalterfahrungen der Jahre um 1945 konstituierten Bevölkerungsgruppe.

Ein solches Thema gerät erfahrungsgemäß leicht in ein öffentliches Spannungsfeld zwischen Übertreibung und Verharmlosung. Es wäre ein bedeutsamer Fortschritt, wenn es gelänge, die Rolle der Mitglieder der ersten Führungsmannschaft des „Bundes der Vertriebenen" in der Zeit des Nationalsozialismus möglichst sachlich zu diskutieren. Letzteres schließt die Bereitschaft zur Differenzierung ebenso ein wie die Anerkennung unumstößlicher Fakten.

Dazu will diese Untersuchung einen Beitrag leisten, indem sie auf zweierlei Weise die öffentliche Debatte weiter zu verwissenschaftlichen bestrebt ist: Einerseits durch die systematische, methodisch nachvollziehbare Aufarbeitung gesicherter Fakten, soweit sie rekonstruierbar und innerhalb eines vertretbaren Zeitrahmens erreich- und auswertbar waren. Andererseits durch die Kontextualisierung der individuellen Biographien der dreizehn Angehörigen des ersten BdV-Präsidiums, das heißt durch die Einbettung der hier zur Debatte stehenden Personen in deren jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Handlungskontext, der bislang häufig nicht beachtet worden ist. Zugleich führen integrative gruppenbiographische Analysen zur Verdeutlichung generationeller und sozialgeschichtlicher Gemeinsamkeiten oder Unterschiede, was den Blick auf die in solchem Kontext möglichen individuellen Handlungsoptionen zu schärfen geeignet ist.

Dass es in der frühen Bundesrepublik etliche Angehörige der politischen und gesellschaftlichen Nachkriegseliten gegeben hat, die bereits im „Dritten Reich" zu den Funktionseliten gezählt hatten, ist unstrittig. Ein im Jahre 2011 erstellter, noch nicht publizierter, aber in die Presseberichterstattung gelangter Bericht der Bundesregierung über „die NS-Vergangenheit vieler Politiker und Beamter" macht dies auf 118 Seiten erneut deutlich. Diesem Bericht zufolge waren innerhalb der verschiedenen Bundesregierungen ein Bundeskanzler und 26 Bundesminister „vor 1945 Mitglieder der NSDAP oder anderer NS-Organisationen wie SA, SS oder Gestapo" gewesen, gefolgt von einer ungleich größeren Zahl von

Ministerialbeamten. Der Bericht benennt nicht nur längst bekannte Politiker der rechten Couleur wie den langjährigen Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer oder Spitzenbeamte wie Adenauers Kanzleramtschef Hans Globke, sondern auch angesehene Politiker aus SPD oder FDP wie Horst Ehmke oder Hans-Dietrich Genscher.[1]

Diese am Kriterium der formalen Zugehörigkeit zur NSDAP oder anderer NS-Organisationen ausgerichtete (und somit das Thema der NS-Vergangenheit bundesrepublikanischer Führungsgruppen keineswegs erschöpfende) Analyse verdeutlicht, dass entsprechende Vorwürfe, die seit Ende der 1950er Jahre von der DDR-Propaganda und von linksgerichteten (oft DDR-finanzierten) Kreisen in Westdeutschland selbst erhoben wurden, zwar nicht umfassend, jedoch im Kern zutreffend gewesen waren. Anlässlich des in der DDR um 1965 erarbeiteten sogenannten „Braunbuches" über nach wie vor in führenden Positionen tätige nationalsozialistische „Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik'" hatten die Propagandisten der mit der westdeutschen Demokratie konkurrierenden SED-Diktatur „21 Minister und Staatssekretäre der Bundesrepublik", 100 Generäle und Admiräle der Bundeswehr, „245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes und der Bonner Botschaften und Konsulate" sowie „828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter" als schwer NS-belastet bezeichnet.[2] Trotz der evidenten propagandistischen Diffamierungsinteressen, welche die SED-Führung mit ihrer speziellen Form der NS-Aufklärungsarbeit verband, haben sich im Nachhinein zwar nicht alle, aber doch zahlreiche Vorwürfe als faktisch zutreffend erwiesen.[3]

Funktionäre des BdV wurden in der zitierten Auflistung des DDR-„Braunbuches" nicht eigens erwähnt, spielten aber ansonsten bei der Suche des SED-Regimes nach NS-belasteten Führungsgruppen seiner Bonner Konkurrenz eine große Rolle. So enthielten die unterschiedlichen Auflagen des „Braunbuches" wie selbstverständlich ein Kapitel über die als „Hitlers 5. Kolonne" und „Bonner Revanchistenführer" apostrophierten Funktionäre des BdV und anderer Vertriebenenorganisationen, dem ein weiteres über vermeintliche NS-„Kriegsverbrecher" aus den Reihen der „Revanchistenführer" der westdeutschen Vertriebenen vorgeschaltet war.[4] Von den dreizehn Mitgliedern des im Dezember 1958 konstituierten ersten Präsidiums des BdV, das in dieser Zusammensetzung übrigens nur wenige Wochen existierte[5], wurden 1965 im „Braunbuch" sechs Personen mit einem NS-Stigma

[1] Herwig, „Moralische Katastrophe", S. 6; der Bericht war bei Abschluss dieses Manuskripts noch nicht zugänglich.

[2] Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 10608, Bl. 27 ff., insb. Bl. 34, „Rede von Prof. Albert Norden auf der internationalen Pressekonferenz am 2. Juli 1965 in Berlin anläßlich der Übergabe des Braunbuches: ‚Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik'", o. D. [1965], S. 7.

[3] Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 251; Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 191–193.

[4] Braunbuch 1965, S. 276 ff. und S. 254 ff.

[5] Bereits der Rücktritt des Präsidiumsmitgliedes Dr. Linus Kather veränderte im Januar 1959 diese Gründungskonstellation; vgl. Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 455, auch Anm. 12.

versehen: Dr. Alfred Gille[6], Wenzel Jaksch (der damals Dr. Jaksch hätte genannt werden müssen)[7], Hans Krüger (fälschlich als „Dr. Hans Krüger" vorgestellt)[8], Erich Schellhaus[9], Dr. Josef Trischler[10] und Dr. Otto Ulitz.[11] Da es sich im Falle des eindeutigen NS-Gegners und Sozialdemokraten Jaksch um eine sachlich unberechtigte kommunistische Diffamierungskampagne handelte, die auf die Auseinandersetzungen zwischen der Weimarer KPD und den von ihr als „Sozialfaschisten" attackierten Sozialdemokraten zurückverweist, bleiben fünf BdV-Funktionäre bürgerlicher politischer Provenienz, die von der SED-Propaganda mit individuellen NS-Vorwürfen konfrontiert wurden. Die Anschuldigungen wurden im Falle Hans Krügers, des ersten Präsidenten des BdV, der es bis zum Bundesminister gebracht hatte und dessen Rücktritt wegen dieser NS-Vorwürfe 1964 entsprechend skandalös war[12], breiter ausgeführt und mündeten in die Anklage, Krüger sei „ein Blutrichter Hitlers" gewesen.[13] In ähnlich breiter Aufmachung wurde dem einstigen Führer der deutschen Bevölkerungsgruppe in Polnisch-Oberschlesien, Otto Ulitz, vorgeworfen, in Zusammenarbeit mit SS und SD 1939 „das Verbrechen von Gleiwitz" organisiert zu haben – jenen angeblich polnischen Überfall auf den dortigen deutschen Rundfunksender, den Hitler am 1. September 1939 zum Vorwand für seinen Angriff auf Polen benutzt hatte.[14] Die drei übrigen BdV-Funktionäre wurden im „Braunbuch" eher beiläufig aufgelistet, obwohl alle Genannten beträchtliche Angriffsflächen geboten hätten. Hier zeigen sich die Grenzen der vom SED-Regime betriebenen NS-Recherchen.

Wir werden im Laufe dieser Studie des Öfteren feststellen, dass im Falle der von der SED-Propaganda mit NS-Vorwürfen belegten führenden Funktionäre des BdV einige Vorwürfe zutreffend waren, andere jedoch unbelegt blieben und zuweilen auf freier Erfindung oder Personenverwechslung beruht zu haben scheinen. Wenn wir die im oben erwähnten neuesten NS-Bericht der Bundesregierung 2011 genannten Spitzenpolitiker diverser politischer Provenienz betrachten, die bis 1945 Mitglieder der NSDAP oder weiterer NS-Organisationen gewesen sind, wird außerdem evident, wie kurzschlüssig die Insinuation der DDR-Kampagnen der 1960er Jahre war, von einer NS-Vergangenheit auf eine fortgesetzte nationalsozialistische Gesinnung in der Bundesrepublik zu schließen.

Das gilt auch für die führenden Vertreter der Vertriebenenpolitik im westdeutschen Nachkriegsstaat. Hier erscheint eher bemerkenswert, dass sich – obschon die deutschen Ostgebiete vor 1933 „mehrheitlich Hochburgen von DNVP und NSDAP" gewesen waren – nach 1945 „auffällig wenig Vertriebene" in rechts-

[6] Braunbuch 1965, S. 278.
[7] Ebenda, S. 276 und S. 308; Jaksch war in den 1960er Jahren zum Ehrendoktor promoviert worden.
[8] Ebenda, S. 260–262; Krüger hatte nie promoviert.
[9] Ebenda, S. 281.
[10] Ebenda, S. 282.
[11] Ebenda, S. 254 und S. 268.
[12] Vgl. unten Kap. I.5.
[13] Braunbuch 1965, S. 260.
[14] Ebenda, S. 268 f.

extremistischen Parteien betätigten. Nach Einschätzung des Historikers Matthias Stickler fanden sich im 1949 gewählten ersten Bundestag nur wenige Politiker mit Vertriebenenhintergrund, die in rechten Splitterparteien aktiv wurden, darunter der spätere Vorsitzende der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) Adolf von Thadden. Ein anderer „rechtsextremer Gesinnungstäter" ohne Parlamentsmandat war Egbert Otto[15], der vor 1945 nicht nur ein ‚alter Kämpfer' der NSDAP und SA-Führer, sondern von 1933 bis 1935 auch Landesbauernführer von Ostpreußen gewesen war.[16] Otto hatte zeitweilig als „Kronprinz" des ostpreußischen Gauleiters Erich Koch gegolten, bevor er diesem 1935 in einem Machtkampf unterlag und seine Ämter verlor.[17] Dieser zunächst als CDU-Mitglied agierende Vertriebenenpolitiker wurde 1950 Mitbegründer des „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE), um kurz darauf bei der neonazistischen „Sozialistischen Reichspartei" (SRP) Anschluss zu finden, bis diese 1952 verboten wurde. Seither blieb Otto offenbar parteipolitisch abstinent und konzentrierte sich auf seine Funktionen in der Landsmannschaft Ostpreußen. Als Otto, seit 1966 Mitglied des BdV-Präsidiums, 1968 verstarb, hielt sein Landsmann, der damalige BdV-Präsident Reinhold Rehs, die Grabrede auf diesen „um Land und Reich verdienten Ostpreußen". In den Nachrufen wurde Ottos NS-Vergangenheit nicht erwähnt.[18]

Weit häufiger als in rechtsextremen Parteien wurden ehemalige Nationalsozialisten, auch solche mit Vertriebenenhintergrund, in den vielen als demokratisch ausgewiesenen Parteien der Bundesrepublik aktiv. Von 182 vertriebenen Abgeordneten der Bundestage zwischen 1949 und 1976 gehörten über ein Drittel (65; 35,7 Prozent) der SPD ein Viertel der CDU (46; 25,3 Prozent), ein Zehntel der FDP und ganze 13 (7,1 Prozent) dem GB/BHE an, der damit knapp vor der CSU (12; 6,6 Prozent) lag. Nur ein einziger hatte der rechtsradikalen DRP angehört. Ganze sechs Abgeordnete mit Vertriebenenhintergrund (3,3 Prozent) hatten vor 1933 der NSDAP angehört, weitere zwei in den 30er Jahren der „Sudetendeutschen Partei" in der ČSR.[19] Selbst die SPD, unter Hitler verboten und verfolgt, konstituierte sich nach 1945 nicht nur aus dezidierten Nazi-Gegnern wie dem Westpreußen Kurt Schumacher oder dem Sudetendeutschen Wenzel Jaksch, die vom NS-Regime im KZ inhaftiert oder ins Exil vertrieben worden waren, sondern auch aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern wie Reinhold Rehs. Die beiden Sozialdemokraten Jaksch und Rehs mit ihren sehr unterschiedlichen Vergangenheiten wurden in den 1960er Jahren die zweiten und dritten Präsidenten des BdV. Ihr Vorgänger, der aus Pommern stammende CDU-Politiker Hans Krüger, war ein

[15] Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 333.
[16] Rohrer, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, S. 270 und S. 317.
[17] Meindl, Ostpreußens Gauleiter, S. 111 und S. 200; Fuhrer / Schön, Erich Koch – Hitlers brauner Zar, S. 65; vgl. auch Bundesarchiv, Abt. Berlin (BAB), R 16/I/102, R 16/I/1042 und BDC OPG.
[18] Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 333 f., auch S. 334, Anm. 670.
[19] Fischer, Heimat-Politiker, S. 66–68; nicht erhoben wurde jedoch die – vermutlich deutlich höhere – Anzahl derer, die nach 1933 der NSDAP angehört hatten.

früherer NSDAP-Ortsgruppenleiter und Sonderrichter, der 1964 wegen dieser NS-Vergangenheit stürzte. Der FDP-Politiker Josef Trischler, der seit 1958 dem BdV-Präsidium angehörte, war nicht der einzige Nachkriegs-Liberale, der mit einer NS-Biographie das anfangs zum Teil durchaus nationalistische Profil dieser Partei prägte. Trischler gehörte nicht zu jenen ehemaligen NS-Funktionären, die unter Führung des einstigen Goebbels-Staatssekretärs Werner Naumann die FDP zu unterwandern suchten und deshalb 1953 von der britischen Besatzungsmacht verhaftet wurden.[20] Doch immerhin zog Trischler 1952 heftige Vorwürfe wegen seiner NS-Vergangenheit seitens jüdischer Organisationen in den USA auf sich, als er als Wortführer von 28 Abgeordneten die Bundesregierung drängte, die Wiedergutmachungszahlungen an Israel auch – wie arabische Regierungen forderten – den palästinensischen Flüchtlingen des israelisch-arabischen Krieges von 1948 zugute kommen zu lassen.[21]

Am stärksten häuften sich Politiker aus Vertriebenenkreisen mit NS-Vergangenheiten im 1950 begründeten „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE). Diese Protestpartei sammelte nicht nur den mit den länger ‚etablierten' demokratischen Parteien unzufriedenen Teil der Vertriebenenbevölkerung (obschon stets mehr Vertriebene CDU oder SPD wählten als den BHE), sondern warb auch offen um ehemalige Nationalsozialisten, die sich durch die Entnazifizierungspraxis der Alliierten benachteiligt glaubten und als „Entrechtete" dagegen aufbegehrten. Sämtliche BHE-Bundesvorsitzende der 1950er Jahre waren als NS-Belastete zu betrachten – von Waldemar Kraft, dem früheren Geschäftsführer einer mit der Verwaltung enteigneten Grundbesitzes im besetzten Polen befassten Reichsgesellschaft, über den Hitlerputsch-Teilnehmer und NS-Ostexperten Theodor Oberländer bis zu Frank Seiboth, einen früheren Gauschulungsleiter der sudetenländischen NSDAP. Auch etliche Mitglieder des BdV-Gründungspräsidiums von 1958 waren Spitzenpolitiker des BHE: Neben Kraft und Seiboth gehörten die ehemaligen NSDAP-Mitglieder und NS-Bürgermeister Alfred Gille und Erich Schellhaus zu jenen BHE-Politikern, die für die enge Vernetzung dieser Partei mit den Landsmannschaften sorgten.[22] Es waren BHE-Politiker mit Vertriebenenhintergrund wie Karl Mocker in Baden-Württemberg, Erich Schellhaus in Niedersachsen oder Alfred Gille in Schleswig-Holstein, die sich zu Beginn der 1950er Jahre ebenso vehement wie erfolgreich für den raschen Abschluss der westdeutschen Entnazifizierungspraxis einsetzten. Als das „Gesetz zur Beendigung der Entnazifizierung" vom 17. März 1951 im Landtag von Schleswig-Holstein verabschiedet wurde, durch das NS-Belastete der Kategorien III und IV („Mitläufer" und „Entlastete") Anspruch auf Wiedereinstellung in den Staatsdienst erhielten,

[20] Frei, Vergangenheitspolitik, S. 361–372.
[21] Dawidowicz, Arab Protest, S. 485.
[22] BAK, B 234/1306, BHE. Bundesgeschäftsführer, an BHE-Bundesvorsitzenden Bundesminister Dr. Oberländer MdB, 26. 6. 1954, mit insgesamt sechs Namensnennungen; zu Kraft und Oberländer: Schwartz, Vertriebene und Umsiedlerpolitik, S. 234–237; zu Seiboth: Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 325.

zählte Gille zur BHE-Koalitionsfraktion.[23] Schellhaus gehörte sogar als Vertriebenenminister der niedersächsischen Landesregierung an und machte geltend, dass das dortige Schlussgesetz auf eine Initiative seiner Partei zurückging.[24] Im Dezember 1953 war es der BHE-Abgeordnete Mocker, der vor der baden-württembergischen Landesversammlung die Beendigung des „trüben Kapitels" der Entnazifizierung feierte. Als Mocker feststellte, es seien „heute wohl alle in diesem Hause befriedigt, daß das Entnazifizierungsschlußgesetz verabschiedet und damit eine wesentliche Beruhigung in der Bevölkerung eingetreten ist", erhob sich kein Widerspruch.[25]

Obwohl der BHE auf Bundesebene von eindeutig NS-belasteten Politikern wie Kraft oder Oberländer geführt wurde, konnten diese im Herbst 1953 zu Ministern einer Koalitionsregierung unter CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer aufsteigen und 1955 in die CDU übertreten. Damals breitete das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" genüsslich die SS- und SA-Vergangenheiten Krafts und Oberländers aus.[26] Auch in Westdeutschland – und nicht zuletzt in Adenauers CDU – war die Entscheidung des Kanzlers umstritten, diese ehemaligen NS-Funktionäre, die weit mehr gewesen waren als bloße Mitglieder der NSDAP, zu Bundesministern zu machen, während einstige NS-Gegner – etwa der erste Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek – das Kabinett verlassen mussten.[27] Dem damals prominenten CDU-Vertriebenenpolitiker Linus Kather, der selbst keine NS-Belastung, sondern vielmehr eine Gestapo-Verfolgung aufzuweisen hatte, warf die „Sudetendeutsche Zeitung" 1953 vor, den BHE-Politiker Kraft wegen dessen NS- und SS-Vergangenheit öffentlich „denunziert" zu haben.[28] Kraft war ein früherer Landwirtschaftspolitiker der volksdeutschen Minderheit in Polen und hatte vor 1939 zeitweilig dem polnischen Sejm angehört, um dann unter dem NS-Regime im nunmehrigen „Reichsgau Wartheland" die Funktion des Präsidenten der Landwirtschaftskammer in Posen zu übernehmen. Von Himmler wurde Kraft im November 1939 der Rang eines SS-Hauptsturmführers ehrenhalber verliehen; der NSDAP trat er hingegen erst zum 1. Mai 1943 bei. Doch zwischen 1940 und 1945 fungierte Kraft als Geschäftsführer der „Reichsgesellschaft für Landbewirtschaftung" (kurz: „Ostland", später „Reichsland"), die für die Bewirtschaftung enteigneter polnischer und jüdischer Landwirtschaftsbetriebe in den „eingegliederten Ostgebieten" zuständig war. Vor allem diese Tätigkeit begründete nach 1945 den Vorwurf, Kraft sei „mitverantwortlich für die NS-Besatzungs-

[23] Vgl. Walle, Die Tragödie des Oberleutnants zur See Oskar Kusch, S. 173.
[24] Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (NHStA-H), VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 4, Schellhaus, Wahlrede zur Bundestagswahl 1953, o. D., S. 18f.
[25] Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (LABW-HStAS), LA 3/4, Verhandlungen des Landtags von Baden-Württemberg, 1. WP 1952–1956, Protokoll-Band I, Stuttgart 1954, S. 166.
[26] Bundesarchiv, Abt. Koblenz (BAK), B 234/1256, „Backpfeife für Ostlandreiter", in: Neues Deutschland v. 13. 7. 1955.
[27] Schwartz, Vertriebene und Umsiedlerpolitik, S. 234–237.
[28] Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin (ACDP), I-377-16/1, Dr. H. K., „Linus Kather denunziert", in: Sudetendeutsche Zeitung v. 21. 11. 1953.

politik in Polen gewesen".[29] Das Zentralorgan der Sudetendeutschen Landsmannschaft befand 1953 jedoch, der Rang eines SS-Führers sei Kraft nur wegen seiner Funktion als Minderheitenpolitiker in der Zeit bis 1939 verliehen worden, und diese Ehrung abzulehnen hätte „wohl kaum jemand wagen können". Der vom CDU-Politiker Kather gegen den frischgebackenen BHE-Bundesminister erhobene Vorwurf, Kraft habe während des Zweiten Weltkrieges als Geschäftsführer der „Ostland" an der Aufteilung polnischer Güter mitgewirkt, war allerdings nicht zu widerlegen; er wurde daher von der „Sudetendeutschen Zeitung" mit dem Argument zurückgewiesen, mit solchen Vorwürfen liefere man nur „der nationalpolnischen Agitation die Propagandaplatten", und außerdem seien „die Polen nach 1918 mit dem deutschen Grundbesitz" ganz ähnlich verfahren wie 1939 das NS-Regime mit dem polnischen Grundeigentum. Natürlich wolle man „nicht entschuldigen, was Hitler getan hat"; man halte „jedoch Minister Kraft für viel zu klug, als daß er nicht versucht hätte, Zumutungen, die ihm unsittlich erschienen, abzubremsen".[30] Solche Apologien und der damit verbundene Denunziationsvorwurf gegen Kritiker solcher NS-Vergangenheiten wie Kather hielten Letzteren nicht davon ab, Kraft weiterhin zu kritisieren. So warf Kather 1959 dem Bundespräsidialamt vor, mit der Verleihung des Großkreuzes des Bundesverdienstkreuzes an den mittlerweile ehemaligen Bundesminister Kraft sei „ein prominenter Anhänger Hitler's" ausgezeichnet worden.[31] Letzteres hätte Kraft wahrscheinlich nicht einmal geleugnet. 1952 hatte er als Bundesvorsitzender des BHE ausdrücklich erklärt: „Wir sind die Partei auch der ehemaligen Nazis, aber nicht derjenigen, die heute noch Nazis sind." Der BHE wolle sich jedoch all der „gutgläubigen Idealisten" der NS-Zeit annehmen, welche von den 1945 zur Macht gelangten Nicht-Nationalsozialisten „verunglimpft" würden.[32]

1. BdV-Gründung und politisches Profil des Gründungspräsidiums von 1958

Hier ist nicht der Ort, die konfliktreiche Gründungsgeschichte des „Bundes der Vertriebenen" und deren Auswirkungen auf die Zusammensetzung des ersten

[29] Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 76f., Anm. 216; Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, S. 15f., der zufolge Kraft entweder 1933 oder 1943 der NSDAP beigetreten sei; Krafts SS-Personalakte weist den 1.5.1943 als NSDAP-Beitrittsdatum aus; vgl. BAB, BDC, SSO Waldemar Kraft, Reichsschatzmeister NSDAP, Schiedsamt, an Gauschatzmeister Berlin, 7.6.1943; in seiner SS-Beurteilung wurde hervorgehoben, dass er infolge seiner Führungstätigkeit bei der „Reichsland" zwar „nur wenig Dienst" im Stab des SS-Abschnitts XXXXII habe machen können, sich jedoch dabei „stets als guter Kamerad, eifriger SS-Mann und als Nationalsozialist gezeigt" habe; vgl. ebenda, Führer SS-Abschnitt XXXXII, Dienstleistungszeugnis und Beurteilung für Waldemar Kraft v. 31.3.1943.

[30] ACDP, I-377-16/1, Dr. H. K., „Linus Kather denunziert", in: Sudetendeutsche Zeitung v. 21.11. 1953.

[31] ACDP, I-377-28/1, Dr. Kather an Bundespräsidialamt, Staatssekretär Bleek, 10.12.1959.

[32] Winkler, Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945–1954, S. 359.

BdV-Präsidiums ausführlich zu schildern.[33] Es reicht der Hinweis, dass es ein volles Jahrzehnt brauchte, bis die diversen Anläufe zur Gründung eines Einheitsverbandes erfolgreich waren. Bereits im April 1949, noch vor Entstehung der Bundesrepublik, war zwar die Gründung eines „Zentralverbandes vertriebener Deutscher" als Zusammenschluss von auf Landesebene bereits bestehenden Interessenverbänden erfolgt, denen sich auch einige Berufsverbände der Vertriebenen (z. B. Wirtschaft, Bauern, Beamte) anschlossen. Doch folgte im August 1949 prompt die Gründung der konkurrierenden „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL) als „zunächst loser Gesamtverband" verschiedener (aber nicht aller) Landsmannschaften, also der nach dem regionalen Herkunftsprinzip gegliederten Organisationen von Vertriebenen. Im Göttinger Abkommen, das am 20. November 1949 zwischen den Vertriebenenführern Axel de Vries für die VOL und Linus Kather für den ZvD geschlossen wurde, um (letztlich erfolglos) eine inhaltliche „Arbeitsteilung" zu vereinbaren, begannen die beiden Konkurrenzverbände erstmals zu kooperieren, ohne dass dies das wechselseitige Misstrauen behoben hätte. Ergebnis dieser Kooperation war immerhin die Veranstaltung des ersten „Tages der Heimat" und die dabei erfolgte Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" in Stuttgart im August 1950.

Die Einigungsbestrebungen führten im November 1951 zur Bildung des „Bundes der vertriebenen Deutschen" (BvD) unter Leitung Kathers als Zusammenschluss des bisherigen ZvD mit den mitgliederstärksten Landsmannschaften der Sudetendeutschen und der Schlesier sowie zwei kleineren landsmannschaftlichen Verbänden. Da es jedoch nicht gelang, sämtliche Landsmannschaften der VOL zum Beitritt zum neuen BvD zu bewegen und der Führungsanspruch Kathers auch seitens kooperationsbereiter Funktionäre wie dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), Rudolf Lodgman von Auen, in Frage gestellt wurde, scheiterte das BvD-Gründungsziel der Schaffung eines Einheitsverbandes, indem der neue Bund lediglich einer von zwei konkurrierenden Verbänden blieb. Die Spaltung wurde sogar noch vertieft, indem sich die bisherige VOL mit bislang selbstständigen Landsmannschaften wie den Sudetendeutschen 1952 zu einem neuen „Verband der Landsmannschaften" (VdL) zusammenschloss[34], zu dessen erstem Vorsitzenden der sudetendeutsche Landsmannschafts-Sprecher Lodgman gewählt wurde,[35] der zuvor als stellvertretender Vorsitzender des BvD unter Kather agiert hatte.[36] Für das Scheitern des BvD-Einheitsprojekts machte Lodgman nicht nur eine Seite verantwortlich; obschon er nie mit Kather harmoniert hatte, gab er auch den Landsmannschaften eine Mitschuld.[37]

[33] Zur Gründungsgeschichte des BdV: Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 33–97.
[34] Fischer, Heimat-Politiker, S. 74f.; Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 54–69.
[35] Lodgman hatte dieses Amt bis 1954, die Führung der SL hingegen bis 1959 inne; vgl. Simon, Rudolf Lodgman von Auen, S. 10; demgegenüber lässt Balling, Von Reval bis Bukarest, Bd. 1, S. 328, fälschlich beide Amtszeiten erst 1959 enden.
[36] Franzen, Der vierte Stamm Bayerns, S. 164.
[37] Lodgman von Auen, Rudolf: Zum Sudetendeutschen Tag 1952 in Stuttgart (Rede als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft bei der Großkundgebung am 1. Juni 1952), in: Simon, Rudolf Lodgman von Auen. Reden und Aufsätze, S. 106f.

Innerhalb des neuen Landsmannschaften-Verbandes VdL erreichte Lodgman die Akzeptanz einer über die Grenzen Deutschlands von 1937 hinausgehenden großdeutschen „Heimatpolitik", wie sie zwecks Einbeziehung des Sudetenlandes für die SL unverzichtbar, von der Mehrheit der ‚reichsdeutschen' Landsmannschaften bis dahin jedoch eher reserviert betrachtet worden war.[38] Lodgman hatte seit 1949 daran gearbeitet, dass alle Vertriebenenorganisationen gegenseitig ihre territorialen Forderungen anerkennen und mittragen sollten. Nun gelang es ihm, die bisherige „Kakophonie der revisionistischen Forderungen" zu überwinden und eine einheitliche ‚Außenpolitik' der Vertriebenen zu konzipieren.[39]

Durch seine Spitzenämter in SL und VdL wurde Lodgman im Vorfeld der BdV-Gründung zum prominentesten Befürworter einer „landsmannschaftlichen", d. h. nach regionalen Herkunftsgebieten gegliederten Organisationsstruktur der Vertriebenen. Wenn Lodgman dies als „organische" Organisationsform der Vertriebenen favorisierte, schwangen darin konservativ-modernitätskritische Denkmuster ebenso mit wie föderalistisch-regionalistische Überzeugungen. Sein Eintreten für eine „Landsmannschaft" der „Sudetendeutschen" stand in Widerspruch zu seiner früheren Gegnerschaft zur Einrichtung eines einheitlichen „Reichsgaus Sudetenland" im Jahre 1938, doch kann dieser Widerspruch weniger gravierend scheinen, wenn man die seitherigen Kollektiverfahrungen der zuvor heterogenen „Sudetendeutschen" durch NS-Diktatur, Weltkrieg, Vertreibung und Nachkriegsnot berücksichtigt. Hinzu trat in der deutschen „Zusammenbruchsgesellschaft" nach 1945 der dringende Wunsch, konservative Strukturprinzipien wie ein landsmannschaftliches Gruppenbewusstsein gegen eine als gefährlich erachtete Form der „Vermassung" zu mobilisieren. Von der mit Flucht und Vertreibung verbundenen „Entwurzelung" und materiellen Proletarisierung von Millionen Vertriebenen befürchtete mancher einen sozialrevolutionären Linksruck, eine „Bolschewisierung" der in Westdeutschland aufgenommenen Vertriebenen zum Nutzen Stalins. Das war der Hintergrund für Lodgmans Festhalten am Landsmannschaftsprinzip und seine daraus folgende Gegnerschaft zu anderen Organisationsprinzipien: Insbesondere opponierte Lodgman gegen Pläne für einen Einheitsverband aller Vertriebenen, wie sie vom CDU-Vertriebenenpolitiker Linus Kather vorangetrieben wurden, da Lodgman darin die „Keimzelle einer klassenkämpferischen und gewerkschaftsähnlichen Massenorganisation" erblickte.[40]

In diesem Grundsatzkonflikt zwischen Vertriebenen-Interessenverband und Landsmannschaften ging es nicht nur um persönliche Animositäten, sondern auch um die inhaltliche Schwerpunktsetzung in der Interessenpolitik für Vertriebene. Lodgman betrachtete „das landsmannschaftliche Prinzip als Voraussetzung für eine ‚Heimatpolitik'".[41] Gegenüber dem sudetendeutschen BHE-Politiker Karl

[38] Franzen, Der vierte Stamm Bayerns, S. 164.
[39] Ahonen, After the Expulsion, S. 41.
[40] Simon, Rudolf Lodgman von Auen, S. 10.
[41] Franzen, Der vierte Stamm Bayerns, S. 152.

Bartunek[42] strich er 1953 den Gegensatz zwischen einer „Vertriebenenbewegung", wie Kather sie mit ihren sozialpolitischen Schwerpunkten repräsentierte, und den Landsmannschaften heraus; diese betrachteten „Vertriebene" weniger als Träger sozialpolitischer Anrechte denn als „Repräsentanten verlorenen Reichsgebiets und Heimatbodens".[43] Auch öffentlich definierte Lodgman eine Landsmannschaft 1953 nicht als belanglosen „Trachten- und Geselligkeitsverein", sondern „als die Vertretung einer der Heimat beraubten Volksgruppe". Es ging letztlich nicht um die Sammlung von „Vertriebenen", sondern von „Landsleuten", die durch Wiedergewinnung ihrer verlorenen Heimat aus Vertriebenen zu Heimkehrern werden sollten.[44] Die auf frühere Wohngebiete bezogene „Heimatpolitik" stand antagonistisch gegen jede „Integrationspolitik" (die sich im Laufe der Zeit gleichwohl faktisch durchsetzte). Zwar gab auch Lodgmans Kontrahent Kather den Anspruch auf die Rückkehr in die bisherigen Heimatgebiete nicht auf, doch lag der praktische Schwerpunkt seines Handelns auf der Sicherung umfangreicher materieller Integrations- und Entschädigungsleistungen in der neuen Zwangs-Heimat. Bei Lodgman war es umgekehrt: Er negierte die Notwendigkeit von Integrationshilfen nicht, legte jedoch das Schwergewicht auf das Wachhalten von Heimat-Bewusstsein und Rückkehrwunsch. Auf dem „Sudetendeutschen Tag" in Stuttgart hatte Lodgman 1952 eine Landsmannschaft als „Gestaltung der Volksgruppe außerhalb der Heimat" definiert. Die Organisation sollte als Heimat-Ersatz dienen, die hilflos vereinzelten Vertriebenen politisch handlungsfähig machen und ihnen die Mittel zur Wahrung ihres Rechtsanspruchs auf die Heimat an die Hand geben. Lodgman räumte ein, wenn es bislang nicht gelungen sei, eine einheitliche Vertriebenenorganisation zu bilden, habe dies wesentlich mit den sich widersprechenden Organisationsformen zu tun, die den „Gedanken des gemeinsamen Vertriebenenschicksals ohne Unterschied der landsmannschaftlichen Herkunft" dem landsmannschaftlichen „Gedanken der Heimatzugehörigkeit" entgegenstellten.[45]

Ein Einheitsverband der Vertriebenen durfte aus Sicht der Landsmannschafts-Funktionäre nur entstehen, wenn darin die Dominanz des eigenen Strukturprinzips gesichert war. Das war beim BvD 1951/52 nicht der Fall, bei der Gründung des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) 1957/58 hingegen schon. Jedenfalls ging der bekennende Kather-Feind und einflussreiche VdL-Funktionär Axel de Vries Mitte 1958 davon aus, dass die Landsmannschaften im Vollzug der BdV-Gründung „im stetigen Vormarsch" seien und binnen Kurzem „in fast allen Ländern das Übergewicht" haben würden, so dass sie ihre „bisherige Politik […] im neuen Gesamtverbande personell und sachlich fortsetzen" könnten. De Vries arbeitete

[42] Karl Bartunek, 1906–1984, gebürtiger Prager, Dr.-Ing., 1947–1954 Landesvorsitzender des Landesverbandes vertriebener Deutscher (LVD) Nordbaden, 1954–1959 Bezirksvorsitzender des BvD Nordbaden, 1953–1964 MdL GB/BHE (bzw. ab 1961 GDP/BHE) Baden-Württemberg, 1954–1956 und 1960–64 auch Vorsitzender der Landtagsfraktion dieser Partei.

[43] Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe (LABW-GLAK), N Bartunek/39, SL, Dr. Lodgman , an Dr.-Ing. Bartunek MdL, 2. 5. 1953.

[44] Zitiert nach: Hahn / Hahn, Die sudetendeutsche völkische Tradition, S. 49.

[45] Lodgman, Zum Sudetendeutschen Tag 1952 in Stuttgart, S. 105 f.

dabei mit Funktionären des BvD wie Hans Krüger zusammen, die sich von ihrem eigenen Vorsitzenden Linus Kather schrittweise distanzierten.[46] Die Presse beobachtete, dass es „zum wenigsten sachliche als vielmehr personelle Schwierigkeiten" waren, die „immer wieder den Zusammenschluß hinauszögerten".[47] Das war zu einseitig, doch personelle Konflikte spielten im Falle des streitbar-autoritären Linus Kather zweifellos eine Rolle. Dieser hatte klare Ambitionen auf das Amt des ersten BdV-Präsidenten, wurde jedoch am Ende nicht nur von seinen Gegnern in den Landsmannschaften, sondern auch von seinen eigenen BvD-Unterführern zum Verzicht gedrängt.[48] Statt des stets „geschäftig unruhige[n]" Kather wurde der als bedächtig beschriebene Hans Krüger erster Vorsitzender des Einheitsverbandes. Die „Stuttgarter Zeitung" äußerte die Erwartung, dieser erste reguläre Präsident des BdV werde „darauf zu achten haben, daß sich der neue Vertriebenenbund mit zwei bis zweieinhalb Millionen Mitgliedern nicht vor den Wagen einer Partei spannen läßt".[49]

Die Angehörigen des im Dezember 1958 konstituierten ersten Präsidiums des BdV waren folgende dreizehn Personen:[50]

Der neue BdV-Präsident *Hans Krüger* (6. Juli 1902) stammte aus Neustettin, einer Kreisstadt in der preußischen Provinz Pommern, die ab 1945 zu den an Polen gelangten Gebieten gehörte und in Szczecinek umbenannt wurde. Krüger lebte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Nordrhein-Westfalen, wohin er nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft zu Verwandten gegangen war, und war Ende 1958 sechsundfünfzig Jahre alt. Krüger starb 1971 in Bonn.

Neben Krüger amtierten vier Vizepräsidenten als Stellvertreter. Der Geburtsort des Vizepräsidenten *Hellmut Gossing* (16. April 1905) war Taulensee, ein Dorf in der preußischen Provinz Ostpreußen, das 1945 an Polen gelangte und seither den Namen Tułodziad trägt. Auch Gossing war gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in Kriegsgefangenschaft geraten und lebte seither in Niedersachsen. Er war Ende 1958 dreiundfünfzig Jahre alt. Gossing starb 1974 in Bonn.

Vizepräsident *Wenzel Jaksch* (25. September 1896), der erst in den 1960er Jahren zum Dr. h. c. promoviert wurde, war in Langstrobnitz geboren, einem südböhmischen Dorf in der Nähe von Budweis (České Budějovice), das damals zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn gehörte. 1918/19 an die Tschechoslowakische Republik gelangt, wurde Jakschs Geburtsort nach dem Münchner Abkommen 1938 Bestandteil des „Großdeutschen Reiches" (Reichsgau Oberdonau), um

[46] BAK, N 1412/17, De Vries an Dr. Turnwald, 21. 7. 1958.

[47] LABW-HStAS, EA 1/106 Bü 1319, W.H., „Dritter Mann der Vertriebenen. Der Gesamtverband kommt unter Krüger zustande / Eine schwere Geburt", in: Christ und Welt Nr. 48 v. 27. 11. 1958.

[48] Ebenda, Eberhard Bitzer, „Heimatvertriebene unter einem Dach", in: FAZ Nr. 290 v. 15. 12. 1958.

[49] Ebenda, pel, „Nur noch ein Spitzenverband der Vertriebenen", in: Stuttgarter Zeitung Nr. 289 v. 16. 12. 1958.

[50] BAK, B 150/4331 H. 1, BMVt, Hamm, Vermerk v. 15. 12. 1958, mit der Liste des am 14. Dezember 1958 in Berlin konstituierten BdV-Präsidiums; vgl. die Kurzbiographien im Anhang dieses Gutachtens.

1945 erneut an die Tschechoslowakei zu fallen. In der heutigen Tschechischen Republik heißt der Ort Dlouhá Stropnice. Jaksch war 1939 vor den deutschen NS-Besatzern aus seinem Wohnort Prag ins britische Exil geflüchtet, in dem er auch nach 1945 (nicht zuletzt auf Druck der tschechoslowakischen Regierung) noch einige Jahre zurückgehalten wurde, bevor er 1949 in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln durfte. Ende 1958 war Jaksch, der seit 1949 in Hessen lebte, zweiundsechzig Jahre alt. Jaksch kam 1966 in Wiesbaden bei einem Autounfall ums Leben.

Vizepräsident Dr. *Karl Mocker* (22. November 1905) hatte in Horatitz das Licht der Welt erblickt, einem Gutsdorf im habsburgischen Österreich-Ungarn, das 1918/19 zur Tschechoslowakischen Republik gelangte, 1938 an das Großdeutsche Reich (Reichsgau Sudetenland) und 1945 an die Tschechoslowakei zurückkam. Der Ort trägt heute den Namen Hořetice. Mocker, der 1946 in das spätere Baden-Württemberg aus seiner seit 1945 wieder zur Tschechoslowakei gehörigen Heimat von der Prager Regierung zwangsausgesiedelt worden war, zählte 1958 dreiundfünfzig Jahre. Er hatte somit die Vertreibungsphase der Zwangsaussiedlung am eigenen Leibe erfahren. Mocker verstarb 1996 in Schwäbisch Gmünd.

Vizepräsident *Erich Schellhaus* (4. November 1901) wiederum wurde in Bösdorf geboren, einem Dorfe bei Oppeln in der preußischen Provinz Schlesien, das seit 1945 zu Polen gehört und den Namen Pakosławice trägt. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft lebte Schellhaus in Niedersachsen. Ende 1958 war er siebenundfünfzig Jahre alt. Schellhaus starb 1983 in Hannover.

Neben diese engere Führung des BdV traten acht einfache Präsidiumsmitglieder, die paritätisch von den verschmelzenden Verbänden BvD und VdL gestellt wurden. Dabei handelte es sich in alphabetischer Reihenfolge um folgende Personen:

Dr. Alfred Gille (15. September 1901) stammte aus Insterburg, einer Kreisstadt der preußischen Provinz Ostpreußen, die 1945 an die UdSSR (bzw. heute Russische Föderation) gelangte und seither den Namen Tschernjachowsk trägt. Gille war 1945 in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten, sehr bald jedoch an die Sowjets überstellt worden, die ihn erst 1948 aus der Kriegsgefangenschaft nach Schleswig-Holstein entließen, wo Gille seither lebte. Er war somit zum Zeitpunkt seines Eintritts in das erste reguläre Präsidium des „Bundes der Vertriebenen" gegen Ende 1958 siebenundfünfzig Jahre alt. Gille starb 1971 in Bonn.

Der schon des Öfteren erwähnte *Dr. Linus Kather* (22. September 1893) ist in Prossitten auf die Welt gekommen, einem Dorf in der preußischen Provinz Ostpreußen. Seit 1945 zu Polen gehörig, trägt es seither den Namen Prosity. Kather hatte Anfang 1945 die winterliche Flucht aus Ostpreußen (zu Lande und zur See) als Zivilist miterlebt und seither seinen Lebensmittelpunkt zunächst in Hamburg, seit den 1950er Jahren dann in Nordrhein-Westfalen. Ende 1958 war Kather fünfundsechzig Jahre alt. Er verstarb 1983 im baden-württembergischen Stühlingen.

Der Geburtsort von *Dr. Dr. Heinz Langguth* (24. Juni 1908) war Danzig, das ab 1945 als Gdansk zu Polen gehört. Langguth hatte ebenfalls 1945 die Flucht aus dem Osten miterlebt und wohnte nach einer kurzen Zwischenstation in Nieder-

sachsen seither in Hamburg. Er war im Jahre 1958 fünfzig Jahre alt. Langguth verstarb 1983 im baden-württembergischen Rielasingen-Worblingen.

Dr. Rudolf Lodgman von Auen (21. Dezember 1877) war in Königgrätz in Böhmen als Rudolf Vinzenz Maria Ritter Lodgman von Auen geboren worden. Die böhmische Kreisstadt gehörte zum Habsburgerreich Österreich-Ungarn und wurde 1918/19 Bestandteil der Tschechoslowakischen (heute: Tschechischen) Republik mit dem tschechischen Namen Hradec Králové. Infolge der revolutionären Gesetzgebung in der Tschechoslowakei hatte Lodgman 1919 seinen Adelstitel eingebüßt, obwohl er das Adelsprädikat in Deutschland ab 1938/45 wieder führte. Lodgman war Mitte 1945 von tschechoslowakischen Lokalbehörden mit seiner Familie in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands vertrieben worden und von dort 1947 nach Bayern übergesiedelt. Er war Ende 1958 einundachtzig Jahre alt. Lodgman verstarb 1962 in München.

Wesentlich jünger war *Reinhold Rehs* (12. Oktober 1901) aus dem Dorfe Klinthenen in der preußischen Provinz Ostpreußen, das seit 1945 Bestandteil der Sowjetunion (bzw. seit 1991 der Russischen Föderation) ist und den Namen Snamenka trägt. Rehs war 1945 als verwundeter Soldat aus den bedrohten Ostgebieten nach Schleswig-Holstein transportiert worden. 1958 war Rehs siebenundfünfzig Jahre alt. Er starb 1971 in Kiel.

Der gleichen Generation gehörte *Dr. Josef Trischler* (20. März 1903) an, der in einem Dorfe der Region Batschka seinen Lebensweg begonnen hatte, das damals zur Habsburgermonarchie Österreich-Ungarn gehörte und den ungarischen Namen Boroc bzw. den deutschen Namen Oberndorf trug, unter jugoslawischer Herrschaft (1918-1941 und ab 1944/45) jedoch den serbischen Namen Obrovac erhielt. Trischler war 1944/45 mit einem Treck seiner bedrohten volksdeutschen Bevölkerungsgruppe fluchtartig evakuiert worden und lebte seit 1945 in Bayern. Ende 1958 war Trischler fünfundfünfzig Jahre alt. Er verstarb 1975 in München.

Um einen gebürtigen Allgäuer handelte es sich bei *Dr. h. c. Otto Ulitz* (28. September 1885), der jedoch von Kindheit an in der schlesischen bzw. oberschlesischen Heimat seines Vaters lebte. Er war als hochrangiger Beamter Anfang 1945 aus Oberschlesien evakuiert worden, hatte zeitweilig in der sowjetischen Besatzungszone gelebt, in die er – unterdessen nach Westdeutschland gegangen – 1946 zur Abholung seiner Frau zurückkehrte, um dort unverzüglich vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und bis 1950 interniert zu werden. 1950 wurde Ulitz von der DDR-Justiz, an welche die Sowjets ihn überstellt hatten, wegen angeblicher NS-Verbrechen zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, durfte jedoch bereits 1952 in die Bundesrepublik ausreisen. Dort lebte er seither in Nordrhein-Westfalen. Ulitz war Ende 1958 dreiundsiebzig Jahre alt. Er starb 1972 im nordrhein-westfälischen Bergholzhausen.

Der Jüngste unter den Präsidiumsmitgliedern des BdV, *Rudolf Wollner* (6. Dezember 1923), stammte aus Asch, einer damals zu Österreich-Ungarn gehörigen Stadt im nordwestlichen Böhmen, die 1918/19 an die Tschechoslowakische Republik gelangte, nach dem Münchner Abkommen 1938 Bestandteil des „Großdeutschen Reiches“ (Reichsgau Sudetenland) wurde, um 1945 erneut an die Tsche-

choslowakei zu fallen. In der heutigen Tschechischen Republik heißt der Ort Aš. Wollner geriet als Mitglied der Waffen-SS 1945 in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft bzw. Internierung und lebte nach seiner Haftentlassung 1946 in Hessen. Ende 1958 war Wollner fünfunddreißig Jahre alt. Er verstarb 2002 in Wiesbaden.

Sowohl die Bonner Bundesregierung als auch die Ost-Berliner SED-Führung interessierten sich lebhaft für das politische Profil der neuen BdV-Führung. Für Bundeskanzler Adenauer war die im Vorfeld verhinderte BdV-Präsidentschaft Linus Kathers entscheidend, denn zu diesem einstigen CDU-Vertriebenenpolitiker, der 1954 unter Protest zum BHE übergetreten war, war das Verhältnis des Kanzlers seit Längerem zerrüttet.[51] Nach dem parallelen Verzicht der konkurrierenden Verbändeführer von VdL und BvD, Baron Manteuffel-Szoege[52] und Kather, auf eine Kandidatur war für das Kanzleramt wichtig, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Krüger „der aussichtsreichste Kandidat" für den BdV-Vorsitz war, obschon gegen diesen „in CDU-Kreisen" der „Sudetendeutschen" offenbar „gewisse Bedenken aus landsmannschaftlichen Gründen" erhoben wurden. Wäre Krüger nicht gewählt worden, wäre die BdV-Führung wahrscheinlich „an den BHE" in Person des späteren Vizepräsidenten Erich Schellhaus gefallen.[53] Hier war der Unionspolitiker Krüger, der sich später tatsächlich meist willfährig an den Vorgaben des Kanzleramtes orientierte, begreiflicherweise der Wunschkandidat der damals alleinregierenden CDU/CSU und ihres machtbewussten Kanzlers. Auch in der Folgezeit wurde spekuliert, dass Krüger durch einen agileren Politiker abgelöst werden sollte; statt des 1958 gehandelten BHE-Politikers Schellhaus betrachtete man im Kanzleramt 1960 den BHE-Politiker Gille als mögliche kommende Führungsfigur des BdV.[54] Offensichtlich gab es im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1961 Kontakte zwischen Adenauer und Gille, denn Letzterer verbreitete unter Landsmannschafts-Funktionären, Adenauer wünsche „den BHE im nächsten Bundestag" und halte einen BHE-Minister in der Regierung für sinnvoll, weshalb der Kanzler sogar die Fünfprozent-Klausel mildern wolle.[55] Dazu kam es letztlich nicht. Öffentlich demonstrierte der BdV gegenüber Adenauer ohnehin die satzungsmäßig vorgeschriebene Überparteilichkeit, denn als der Kanzler im Mai 1960 eine Delegation „vom Volksbund [sic!] der Vertriebenen" empfing, bestand die sorgfältig ausgesuchte Gruppe der BdV-Führungsmitglieder

[51] Vgl. BAK, B 136/2714, Bl. 282, Bundeskanzler Dr. Adenauer an BvD, Dr. Kather, 11. 11. 1958.

[52] Georg Baron von Manteuffel-Szoege, 1889–1962, 1915–1918 Sekretär der Kurländischen Ritterschaft in Berlin, 1940–1942 Arbeit für das Reichsaußenministerium, 1945 Flucht nach Bayern, 1950–1953 Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe, 1950 Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, 1954–1958 Präsident des VdL, 1953–1962 MdB CSU, 1960–1961 Mitglied des Präsidiums des BdV.

[53] BAK, B 136/2714, Bl. 293, Bundeskanzleramt, Dr. Bachmann, an Bundeskanzler Dr. Adenauer, 4. 12. 1958.

[54] Ebenda, Bl. 351–353, Bundeskanzleramt, Dr. Vialon, an Bundeskanzler Dr. Adenauer, 5. 1. 1960.

[55] Ebenda, N 1412/17, De Vries an Baron Manteuffel-Szoege MdB, 14. 9. 1960, S. 3.

Krüger, Manteuffel-Szoege, Rehs und Gille aus drei Bundestagsabgeordneten der CDU, CSU und SPD sowie einem Landtagsabgeordneten des GB/BHE.[56]

Im April 1959 hatten die DDR-Geheimdienste für das Politbüromitglied Albert Norden ihre Einschätzung der „politische[n] Zugehörigkeit der Präsidiumsmitglieder des BdV" formuliert. Demnach war der Vertriebenen-Einheitsverband zwar nicht nur auf eine Partei ausgerichtet. Doch zeigte sich – namentlich im Verhältnis zur seit 1957 rapide sinkenden Bedeutung dieser Partei – eine deutliche Überrepräsentation des „Gesamtdeutschen Blocks / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (GB/BHE), als welcher der frühere BHE seit 1953 firmierte. Die damals auf Bundesebene allein regierende CDU/CSU war laut MfS-Bericht lediglich durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Hans Krüger innerhalb der BdV-Führung vertreten – allerdings im Spitzenamt des Präsidenten. Doch wenn die Regierungspartei den BdV-Präsidenten stellte, war der frühere Koalitionspartner der CDU/CSU, der 1957 aus dem Bundestag ausgeschiedene GB/BHE, mit drei von vier Vizepräsidenten außerordentlich stark repräsentiert – durch die als Abgeordnete verschiedener Landtage fungierenden BHE-Politiker Erich Schellhaus, Hellmut Gossing und Karl Mocker. Demgegenüber hatte die starke Sozialdemokratische Partei Deutschlands nur einen einzigen Vizepräsidenten in Person des SPD-Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch erhalten. In der engeren Führung des BdV dominierte folglich der GB/BHE im unangemessenen Verhältnis von 3:1:1. Der weitere Kreis der „Präsidialmitglieder" nahm sich laut MfS etwas pluralistischer aus: Die SED-Analytiker rechneten das Präsidiumsmitglied Otto Ulitz zur CDU, obschon dieser parteilos und allenfalls als „CDU-nah" einzustufen war. Den umgekehrten Irrtum leistete sich das MfS im Falle Rudolf Wollners, den es als parteilos („-") einstufte, obschon dieser damals dem GB/BHE angehörte. Korrekt waren die Angaben der DDR-Staatssicherheit über die Landtagsabgeordneten Alfred Gille und Heinz Langguth (GB/BHE), den Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs (SPD) und den in der Tat parteilosen Rudolf Lodgman von Auen, der als neutral bezeichnet wurde. Im Falle Josef Trischlers irrte sich das MfS jedoch erneut, denn dieser wurde fälschlich noch seiner früheren Partei, der FDP, zugerechnet, obschon er damals ebenso wie Ulitz parteilos und „CDU-nah" war.[57]

Insgesamt war etwa ein Drittel (63, 34,6 Prozent) der 182 Vertriebenen-Abgeordneten der Bundestage der Jahre 1949 bis 1976 in Vertriebenenverbänden – dem BdV und seinen Vorläufern – organisiert. Zum Zeitpunkt der BdV-Gründung 1957/58 war dieser BdV-Organisationsgrad in der regierenden CDU/CSU-Fraktion mit 54,2 Prozent der dortigen Vertriebenen-Parlamentarier am höchsten,

[56] Ebenda, B 136/9088, Bundeskanzler Dr. Adenauer, Aktennotiz vom 10. 5. 1960.

[57] BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 4625, Bl. 1–11, insb. Bl. 11, „Arbeits-Material für den Genossen Norden über die Ausnutzung der Landsmannschaften und Vertriebenen zur Durchsetzung der Bonner Kriegskonzeption", o. D. [hdschr. Vermerk: „11 Blatt. Rückgabe erbeten Mi. 30/I 60"], Anlage „Politische Zugehörigkeit der Präsidiumsmitglieder des BdV", „Stand vom 28. 4. 1959"; die Korrekturen der Fehleinschätzungen erfolgten nach Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 455.

gefolgt von 50 Prozent in der „Deutschen Partei“ (DP), von 40 Prozent in der FDP und lediglich 23,5 Prozent in der SPD.[58]

Zumindest die Spitze dieses ersten BdV-Präsidiums war ministrabel oder wurde es bald: BdV-Präsident Krüger stieg 1963/64 zum Bundesvertriebenenminister unter dem neuen CDU-Bundeskanzler Ludwig Erhard auf, Vizepräsident Schellhaus amtierte als Vertriebenenminister des Landes Niedersachsen, Vizepräsident Gossing war Staatssekretär in Schellhaus' Ressort, und Vizepräsident Mocker sollte von 1972 bis 1976 als Vertriebenen-Staatssekretär (mit Kabinettsrang) im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg fungieren. Hingegen wurde der Sozialdemokrat Jaksch zwar nie Regierungsmitglied, war jedoch im Wahlkampf von 1961 immerhin Mitglied der Regierungsmannschaft des gegen Adenauer unterlegenen SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt.[59]

Nach den Bundestagswahlen von 1961 mutmaßten die DDR-Beobachter, das schlechte Abschneiden der in ihren Augen „faschistische[n]“ Gesamtdeutschen Partei (GDP), in der der bisherige GB/BHE aufgegangen war, ohne über die Fünf-Prozent-Hürde zu gelangen, habe die Hoffnungen der BdV-Führung vereitelt, über diese von ihr „unterstützte und gegängelte Partei“ als Koalitionspartner der CDU/CSU „ein sehr gewichtiges Wort im Bonner Bundestag mitzusprechen und […] unmittelbaren Einfluß auf die Bonner Innen- als auch auf die Bonner Außenpolitik zu nehmen“. Die BdV-Führung habe sich jedoch rasch umorientiert und beschlossen, fortan „ihr Heil in die Schöße aller im Bundestag vertretenen Parteien zu legen“.[60] Zuerst profitierte davon die regierende CDU und deren Repräsentant Hans Krüger. Doch zwischen 1961 und 1964 wurde deutlich, dass sich der BdV auf die noch oppositionelle SPD zuzubewegen begann. Diese stellte folgerichtig zwischen 1964 und 1970 mit Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs nach dem schmählichen Abgang Krügers die nächsten Präsidenten des BdV, bevor die „neue Ostpolitik“ Willy Brandts mit ihrer faktischen Anerkennung der deutschen Nachkriegs-Ostgrenzen (und damit auch der Dauerhaftigkeit der Deutschen-Vertreibung) diese strategische Achse um 1970 beendete.

Im Unterschied zur Bundesregierung Adenauers interessierte sich die Führung der DDR nicht allein für die aktuellen Parteibindungen der führenden Persönlichkeiten im neuen BdV. Zugleich kümmerte sich das SED-Regime um die Frage, wie sich die Führungsfiguren des westdeutschen Vertriebenenverbandes gegenüber dem Nationalsozialismus verhalten hatten. In einer 1969 verfertigten „Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis“ wurde von den ersten drei Präsidenten des BdV deren erster, der fälschlicherweise von seinen SED-Beobachtern promovierte „Dr. Hans Krüger“,

[58] Fischer, Heimat-Politiker, S. 78 und S. 84.

[59] Vgl. die Kurzbiographien im Anhang dieses Gutachtens; zu Jaksch: Balling, Von Reval bis Bukarest, Bd. 1, S. 356.

[60] BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 9704 Teil 1, Bl. 2–41, insb. Bl. 29f., „A) Der westdeutsche und auch in Westberlin großen Einfluß nehmende Dachverband der 29 ‚Vertriebenen-Landsmannschaften', der sich ‚Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände' nennt“, o. D. [ca. 1962].

als „wohl am stärksten belastet" eingestuft. Dies war faktisch richtig, doch insinuierte diese polemische Formulierung, dass auch die beiden anderen als NS-belastet zu betrachten wären, was im Falle von Rehs jedoch nur geringfügig und im Falle von Jaksch eindeutig nicht der Fall war. Krüger hingegen wurde zu Recht vorgehalten, ein ehemaliger Ortsgruppenleiter der NSDAP zu sein; dass er außerdem als Richter „an Todesurteilen" eines Sondergerichts „beteiligt" gewesen sein sollte, war hingegen nicht erwiesen, sondern nur eine Anschuldigung.[61] Von den vier Vizepräsidenten des BdV im Jahre 1969 waren laut DDR-Expertise „nachweislich *drei* aus der NS-Zeit belastet". Von diesen dreien – die anderen waren der parteilose Franz Böhm, angeblich ein früherer NS-Funktionär aus dem Sudetenland, und der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Edgar Jahn, angeblich ein einstiger „NS-Führungsoffizier" – hatte lediglich der damals der „Gesamtdeutschen Partei" (GDP) angehörige Rudolf Wollner schon zum ersten BdV-Präsidium von 1958 gezählt. Dieser nunmehrige BdV-Vizepräsident wurde zutreffend als ehemaliger SS-Führer namhaft gemacht. Hingegen wurde der vierte BdV-Vizepräsident des Jahres 1969, der ebenfalls der GDP angehörige Hellmut Gossing, der sein BdV-Amt bereits seit 1958 ausübte, von den DDR-Organen als nicht NS-belastet eingestuft.[62] Von neun einfachen Präsidiumsmitgliedern des BdV im Jahre 1969 wurden nach dem damaligen DDR-Ermittlungsstand vier als „belastet" bewertet – neben den erst später in die BdV-Führung eingerückten Funktionären Walter Becher, der für die CSU dem Bundestag angehörte, und dem schon erwähnten einstigen NS-Landesbauernführer Egbert Otto (der 1968 verstorben war) waren dies die beiden BdV-Gründungsmitglieder Schellhaus und Trischler. Von diesen beiden unterdessen zur CDU übergetretenen Politikern, die zuvor dem BHE bzw. der GDP oder der FDP angehört hatten, war Schellhaus, bis dahin Vizepräsident, im März 1968 aus der BdV-Führung ausgeschieden. Ein weiteres Mitglied des BdV-Gründungspräsidiums, das 1969 noch in der Verbandsführung vertreten war, wurde durch Nichterwähnung im Umkehrschluss von den SED-Rechercheuren als offenbar nicht NS-belastet betrachtet: der langjährige GDP- und künftige CDU-Politiker Karl Mocker.[63]

Von dieser DDR-Analyse wurden somit von vierzehn Mitgliedern der 1968/69 amtierenden BdV-Führung die Hälfte als NS-belastet eingeschätzt. Sechs seien Mitglieder der NSDAP gewesen, ein weiterer Offizier (Führer) der SS. Auch von den sieben damals stellvertretenden Präsidiumsmitgliedern wurden vier als NS-belastet eingestuft, darunter das Mitglied des früheren Gründungspräsidiums

[61] BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX/11 FV 13/71 Bd. 4, Bl. 8 ff., insb. Bl. 13–15, MdI DDR, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung, Seckendorf, „Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis (Stand: September 1969)", Dezember 1969.

[62] Ebenda, Bl. 15 f.

[63] Ebenda, Bl. 16 f.; die einfachen Mitglieder des BdV-Präsidiums waren demnach: Walter Becher, Willi Homeier, Herbert Hupka, Dr. Karl Mocker, Egbert Otto, Walter Richter, Erich Schellhaus, Dr. Josef Trischler und Friedrich Walter; die Korrekturen nach Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 455 und S. 457.

Otto Ulitz. Dasselbe wurde dem damaligen Generalsekretär des BdV, Herbert Schwarzer, attestiert: Dieser sei bereits seit 1930 NSDAP-Mitglied und seit 1931 auch SA-Mitglied gewesen, habe 1936 an einem Lehrgang für NS-Juristen teilgenommen, um im Zweiten Weltkrieg dann im Gauarbeitsamt und beim Reichstreuhänder der Arbeit im oberschlesischen Kattowitz tätig zu werden.[64] Eine weitere, etwa 1970 entstandene DDR-Analyse mit dem polemischen Titel „Stoßtrupp von rechts" zog aus dieser Ansammlung von „Männer[n] mit Vergangenheit" im Präsidium des BdV den Schluss, dass der Vertriebenenverband auch 25 Jahre nach dem Untergang des NS-Regimes „noch immer zu einem hohen Teil von Personen geführt" werde, „die aus der NS-Zeit als belastet anzusehen sind". Diese Tatsache, dass „noch immer NSDAP-Mitglieder und zum Teil stark belastete Naziaktivisten an den Schalthebeln der Macht im zweitgrößten Verband der Bundesrepublik stehen" würden, wurde umstandslos zur Ursache der ablehnenden Haltung des BdV gegenüber der Bonner Ostpolitik der Regierung Willy Brandt erklärt.[65]

Unser Gutachten konzentriert seine Analyse auf das erste reguläre Präsidium des „Bundes der Vertriebenen", das Ende 1958 konstituiert wurde und aus den obengenannten dreizehn Mitgliedern bestand. In der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre sind jedoch neben diesen Angehörigen des ersten BdV-Präsidiums wahllos weitere Funktionäre des BdV angeführt worden, die nach Meinung ihrer Kritiker mehr oder weniger schwer NS-belastet gewesen sein sollen.[66] Eine unsystematische Reihung von Namen führt aus wissenschaftlicher Sicht – jenseits kurzfristiger journalistischer Interessenlagen – jedoch nicht sehr weit. Wenn auch im Rahmen dieses Gutachtens gelegentlich jenseits unserer Untersuchungsgruppe weitere Vertriebenenfunktionäre erwähnt werden, die als NS-belastet betrachtet werden müssen, so wird dies nur dann der Fall sein, wenn ein unmittelbarer Konnex zum ersten BdV-Präsidium zu ziehen ist – angefangen beim zeitweiligen FDP-Bundestagsabgeordneten und langjährigen baltendeutschen Landsmannschaftspolitiker Axel de Vries[67], der zwar nie einem BdV-Präsidium angehört hat, aber als eine „graue Eminenz" der BdV-Gründung betrachtet werden muss, bis hin zu den Mitarbeitern der BdV-Bundesgeschäftsstelle in der Gründungsphase des Verbandes.

[64] BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX/11 FV 13/71 Bd. 4, Bl. 8 ff., insb. Bl. 17–19, MdI DDR, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung, Seckendorf, „Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis (Stand: September 1969)", Dezember 1969; auch der Geschäftsführer des BdV-Landesverbandes Niedersachsen Otto von Fircks, der seit 1969 für die CDU dem deutschen Bundestag angehöre, sei vor 1945 SS-Obersturmbannführer und Leiter des SS-Arbeitsstabes Gnesen gewesen; vgl. auch Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, S. 162–165.

[65] Ebenda, Bl. 31 ff., insb. Bl. 90 f. und Bl. 102 f., „Stoßtrupp von rechts. Der Bund der Vertriebenen (BdV) und die neue Ostpolitik der Bundesregierung", o. D. [ca. 1970].

[66] Vgl. zu den Fällen der BdV-Landesfunktionäre Friedrich-Wilhelm Schallwig und Rudolf Wagner sowie des BdV-Generalsekretärs Herbert Schwarzer: Kloth / Wiegrefe, „Unbequeme Wahrheiten", S. 46–48; Vorwürfe in Bezug auf Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft erhebt Später, Kein Frieden mit Tschechien, S. 107–131.

[67] Kossert, Kalte Heimat, S. 184.

Hingegen wäre es methodisch nicht statthaft, unklar definierte und folglich willkürlich zusammengesetzte Gruppen von angeblich NS-Belasteten zu konstruieren, statt die Führungsgremien des BdV systematisch zu untersuchen. Mit der vorliegenden Analyse wird dazu auf der Ebene des Bundespräsidiums ein erster Schritt getan, der als Anregung für weitere Forschungen dienen könnte. Die systematische gruppenbiographische Analyse späterer Präsidien wie auch der Landesvorstände des BdV oder sonstiger Gremien des Verbandes bleibt ein Forschungsdesiderat. Hier bieten sich vielversprechende Forschungsmöglichkeiten – nicht nur durch den Nachweis individueller NS-Belastungen oder deren Gegenteils, sondern auch durch die Erarbeitung gruppenbiographischer Zusammenhänge und der vor diesem Hintergrund abgestuften individuellen Handlungsbedingungen im NS-Staat.

Die erste Führung des BdV jedenfalls – soviel dürften diese einführenden Darlegungen bereits deutlich gemacht haben – bestand nicht ausschließlich aus ehemaligen Nationalsozialisten. Selbst jene Mitglieder des ersten BdV-Präsidiums, die als solche anzusprechen sind, waren wiederum auf sehr unterschiedliche Weise in das NS-Regime eingebunden oder durch eigene NS-Aktivitäten belastet. Grundsätzlich bestanden die Führungen der Vertriebenenverbände in der frühen Bundesrepublik neben früheren Deutschnationalen oder Nationalsozialisten stets auch aus Zentrumskatholiken, Christlich-Sozialen, Liberalen oder Sozialdemokraten. Die Vertriebenenpolitiker der ersten Nachkriegsjahre waren insofern – wie die dem BdV nicht besonders nahe stehenden Historiker Eva und Hans Henning Hahn festgestellt haben – keine einheitliche Gruppe, sondern „eine bunte Gemeinschaft". Wie treffend diese faire Einschätzung ist, demonstrieren die als Beispiele genannten Vertriebenenpolitiker Wenzel Jaksch, Herbert Czaja, Walter Becher oder Herbert Hupka.[68]

Gleichwohl gilt auch, was der langjährige BdV-Präsident Herbert Czaja gegen Ende seines Lebens kritisch festgestellt hat, dass nämlich in der Frühzeit der bundesrepublikanischen Vertriebenenverbände eine „extrem deutschnationale und zum Teil nationalsozialistische Grundbeeinflussung […] keineswegs auf einen Schlag beseitigt" gewesen sei, sondern noch längere Zeit verbandsintern großen Einfluss gehabt habe. Diese rechtsextreme Grundströmung rechnete Czaja zu den „aufzuarbeitende[n] Schwächen bei den Vertriebenen".[69] Dem kann man nur zustimmen, zumal bis heute diese Aufarbeitung nur unzureichend erfolgt ist.

2. Vertriebenenverbände und NS-Vergangenheit: Die „Charta der Heimatvertriebenen" von 1950

Die erste bedeutsame öffentliche Stellungnahme der damals noch konkurrierenden Vorgängerverbände des BdV, des von Linus Kather geführten „Zentralverbandes

[68] Hahn / Hahn, Die Vertreibung im deutschen Erinnern, S. 538.
[69] Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 551 f.

vertriebener Deutscher“ (ZvD) und der Landsmannschaften-Dachorganisation VOL, war die 1950 verkündete „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Der Publizist Erich Später hat mit Blick auf jene 30 Vertriebenenfunktionäre, die diese für die Vertriebenenpolitik der Bundesrepublik bis heute maßgebliche Charta unterzeichnet haben, die Behauptung aufgestellt, diese seien „mehrheitlich Mitglieder der NSDAP, der SA und SS gewesen“. Für Später waren daher diese Funktionäre keine echten „‚Heimatvertriebenen‘“, sondern belastete „NS-Funktionäre und Aktivisten, die [1945] fliehen mußten, um nicht für ihre Beteiligung an der deutschen Aggressions- und Vernichtungspolitik zur Rechenschaft gezogen zu werden“. Gemessen an diesem Urteil überrascht, dass Später nur 15 der 30 Biographien eingehender auf NS-Belastungen untersucht hat, um diese von ihm für schuldig befundene Hälfte der Charta-Unterzeichner umstandslos als „repräsentativ für die deutschen Vertriebenenfunktionäre“ schlechthin zu deklarieren.[70]

Die Fragwürdigkeit dieses Verfahrens lässt sich am Beispiel jener vier der dreizehn Mitglieder des ersten BdV-Präsidiums aufzeigen, die in der von Später untersuchten Fünfzehner-Gruppe Erwähnung finden: Karl Mocker, Alfred Gille, Linus Kather und Rudolf Lodgman. Diese vier Personen können – wie unser Gutachten zeigen wird – keineswegs in ein und derselben Weise als NS-belastet betrachtet werden. Dies würde am ehesten für Gille geltend gemacht werden können, den auch Später als höheren Mitarbeiter der NS-Besatzungsverwaltung in den besetzten sowjetischen Ostgebieten benennt. Demgegenüber wäre das NSDAP-Mitglied Mocker zwar als zeitweiliger NS-Aktivist im Sudetenland anzusprechen, aber nicht durch persönliche Beteiligung an verbrecherischer NS-Politik zu belasten. Lodgman wiederum ist ein im Laufe seines langen Lebens äußerst komplizierter Fall; an dieser Stelle genügt die Bemerkung, dass er während der NS-Zeit ein deutschnationaler NS-Sympathisant gewesen ist, ohne je NSDAP-Mitglied gewesen zu sein oder politische Funktionen im „Dritten Reich“ wahrgenommen zu haben. Linus Kather war eine ähnlich eigenwillige Persönlichkeit, jedoch im Unterschied zu Lodgman und anders, als Später es unterstellt, während der NS-Zeit kein angepasster Anhänger des Hitler-Regimes, sondern ein deutlich NS-distanzierter Vertreter des zwar nicht widerständigen, aber in Grenzen „resistenten“ katholischen Milieus.[71] Immerhin gebührt der undifferenzierten Argumentation Erich Späters das Verdienst, die öffentlichen Debatten um etwaige NS-Belastungen der ersten Führung des BdV mit angestoßen zu haben. In der Forschung zur Vertriebenenpolitik im Nachkriegs-Deutschland allerdings ist die Existenz etlicher früherer Nationalsozialisten in den Vertriebenenbürokratien der Bundes- und Landesregierungen[72] wie auch in den „Vertriebenenverbänden“, also dem BdV und seinen Vorläuferorganisationen[73], seit längerer Zeit schon unstrittig.

[70] Später, Kein Frieden mit Tschechien, S. 86–105.
[71] Zur Differenz von Widerstand und Resistenz: Schwartz, Regionalgeschichte und NS-Forschung.
[72] Vgl. Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“, S. 234–238, mit weiterführender Literatur.
[73] Kossert, Kalte Heimat, S. 184.

In jüngster Zeit haben einige deutsche und polnische Historiker der erwähnten „Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 die Eignung als erinnerungspolitischen Bezugspunkt abgesprochen, da dieses Dokument von früheren Nationalsozialisten verfasst und unterzeichnet worden sei. Dieser Verweis auf NS-belastete Verfasser oder Unterzeichner ist keineswegs völlig abwegig, er mündet aber leicht in unzulässige Verallgemeinerungen. So machte unlängst Raphael Gross unter 30 Unterzeichnern der Charta einen früheren NSDAP-Schulungsleiter und zwei ehemalige SS-Führer aus und bemerkte zum großen Rest, den er nicht näher betrachtete, überaus lässig: „et cetera".[74] Schaut man genauer hin, wird bislang der Hälfte[75] oder zumindest einem Drittel der Unterzeichner vorgeworfen, „überzeugte Nationalsozialisten gewesen" zu sein.[76] Dies wäre eingehender zu untersuchen, als bisher geschehen, doch selbst wenn man unbesehen diese Hälfte oder dieses Drittel der Unterzeichner als frühere Nationalsozialisten ohne Einzelfallprüfung akzeptieren wollte, hieße dies im Umkehrschluss, dass die andere Hälfte oder sogar zwei Drittel der Unterzeichner offenbar als nicht NS-belastet betrachtet werden müssten.

Das unterschiedliche politische Profil der Unterzeichner verweist auf ähnlich plurale Ursprünge der Charta-Inhalte. Bei diesen spielten christliche und sozialdemokratische Einflüsse eine wichtigere Rolle, als ihnen zumeist zugestanden wird. Das gilt nicht zuletzt für jene Inhalte der Charta, die heute als völlig unzulänglich attackiert werden – für den Verzicht „auf Rache und Vergeltung"[77] und das parallele Beschweigen der NS-Verbrechen. Dieser ganze fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erklärte Verzicht auf Rache ist bei alledem kein ideelles Monopol einstiger Nationalsozialisten gewesen, sondern wurde bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – noch inmitten der laufenden Vertreibung oder Zwangsaussiedlung der Deutschen – zuerst in der katholischen Ackermann-Gemeinde der Sudetendeutschen formuliert, um bald auch in Verlautbarungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) angesprochen zu werden.[78] Jener Verzicht auf „Rache und Vergeltung" will heutigen Kritikern als Anmaßung, wenn nicht als „purer Hohn" erscheinen, da es kein Recht auf Rache gebe, auf das man erst großmütig hätte verzichten können oder müssen – schon gar nicht für Deutsche nach den von ihnen verübten NS-Verbrechen.[79] Tatsächlich gibt es kein

[74] Gross, Die Mär von der Versöhnungs-Charta; Ruchniewicz, Rückfall in Zeiten des Kalten Krieges; Historiker kritisieren Bundestagsbeschluss.

[75] Später, Kein Frieden mit Tschechien, S. 86.

[76] Brumlik, Wer Sturm sät, S. 103; gleichwohl behauptet derselbe Autor (ebenda, S. 101) im Bewusstsein seiner „durchaus lückenhafte[n] Aufzählung" unter Berufung auf den oben zitierten Erich Später, die „Autoren und Erstunterzeichner der Charta" seien „fast ausnahmslos überzeugte Nationalsozialisten und ehemalige Mitglieder der NSDAP" gewesen, hätten „in nicht wenigen Fällen im Terrorapparat von SS und SD" gearbeitet und seien „entsprechend am Menschheitsverbrechen des Judenmordes beteiligt" gewesen, ohne dies jedoch hinreichend zu belegen.

[77] Zitiert nach: Lemberg / Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. 3, S. 662f.

[78] Zurek, Zwischen Nationalismus und Versöhnung, S. 213f.; Stickler, „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung", S. 56.

[79] Ruchniewicz, Rückfall in Zeiten des Kalten Krieges.

Recht auf Rache, sehr wohl aber die nur zu oft in Geschichte und Gegenwart zu beobachtende Gefahr des Abgleitens in eine vom Rachemotiv getriebene neue Spirale der Gewalt. Daher verwundert ein wenig, mit welcher Leichtigkeit der moralische Ernst negiert wird, der 1950 dazu gehörte, einer solchen Revanche-Politik – ganz anders als nach dem Ersten Weltkrieg – eine klare Absage zu erteilen. Dafür haben Kirchen bzw. kirchlich engagierte Vertriebene entscheidende Vorarbeit geleistet, und dafür wiederum war die selbstkritische Auseinandersetzung mit der Verantwortung etlicher Deutscher für die NS-Verbrechen die unerlässliche Vorbedingung.

Ein wenig von dieser christlichen Motivation findet sich in einer Passage jener Rede, die Linus Kather anlässlich der Verkündung der Charta im August 1950 in Stuttgart hielt. Laut Kather bekundete die Charta den Willen der „Heimatlosgewordenen", „den unseligen Kreislauf von Schuld und Vergeltung und Verhängnis", der die letzten Jahrzehnte geprägt habe, zu durchbrechen. Wer dies tun wolle, müsse zuallererst der „vielen Millionen […] Opfer dieser Verstrickung" gedenken, und zwar „nicht nur derer aus unseren eigenen Reihen, sondern aller, die die Verblendung jener letzten Jahrzehnte und besonders des letzten Dezenniums gefordert hat, an dessen Anfang die Verantwortlichen unseres eigenen Volkes auf einer scheinbar steil ansteigenden Bahn des Erfolges den Blick für das Maß, das allem Menschlichen geboten ist, verloren und […] zuerst andere und dann sich selbst ins Unheil rissen". Daher wollten die deutschen Vertriebenen „all dieser Opfer […] heute in dieser feierlichen Stunde in Stille gedenken".[80]

Diese Rede Kathers relativiert den zweiten Vorwurf, der gegen die Charta oft erhoben wird, dass nämlich diese Vertriebenen-Erklärung von 1950 die NS-Verbrechen schlicht ausgeblendet und die deutschen Vertriebenen einseitig zu Opfern stilisiert habe – sogar zu den „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen".[81] Dieser Vorwurf lässt sich zumindest deutlich abschwächen, wenngleich er im Kern seine Berechtigung behält. Die Vertriebenen mussten nicht zu Opfern stilisiert werden – sie waren zweifellos Opfer einer alliierten Gewaltpolitik ethnischer „Säuberung". Es stimmt auch nicht, dass die Charta zum NS-Unrecht völlig geschwiegen hätte: Sie sprach vom „unendliche[n] Leid", das „im besonderen das letzte Jahrzehnt" – also der Zeitraum ab 1939 – „über die Menschheit gebracht" habe, so dass hier nicht nur selbstbezüglich von deutschen Opfern die Rede war, sondern eine übergreifende Perspektive gewählt wurde, ohne freilich die zahlreichen Opfer deutscher Gewalt und die diesbezügliche Verantwortung des deutschen Volkes konkret beim Namen zu nennen. Selbst das Wort „Schuld" taucht – freilich sehr allgemein – in der Charta auf. Aber zu einem klaren Satz über die NS-Verbrechen und die Verantwortung des deutschen Volkes haben sich die

[80] ACDP, I-377-09/7, Dr. Linus Kather, „Rede, gehalten in Stuttgart anlässlich der Verkündung der Charta, 5. August 1950", S. 1.

[81] Vgl. das Charta-Zitat in: Lemberg / Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. 3, S. 662 f. Wegweisend für die Kritik: Giordano, Die zweite Schuld, S. 289.

Charta-Verfasser in der Tat 1950 nicht durchringen können.[82] Man muss nicht mit Ralph Giordano diesen Passagen das Stigma der „Unbußfertigkeit" aufdrücken[83], um ihre Unzulänglichkeit zu begreifen. Die „am schwersten Betroffenen" waren die zwölf bis fünfzehn Millionen deutschen Vertriebenen mit Blick auf sechs Millionen ermordete Juden und unzählige Millionen slawischer Todesopfer deutscher Gewalt ganz gewiss nicht. „Überaus schwer getroffen", wie es ihnen Papst Pius XII. 1946 bescheinigt hatte[84], waren die deutschen Vertriebenen jedoch durchaus – vor allem mit Blick auf die Mehrheit der nicht-vertriebenen Deutschen, an deren Adresse sich diese Betonung des Opferstatus (nicht zuletzt mit dem Ziel eines möglichst umfassenden Lastenausgleichs der Kriegsfolgeschäden) in einer innerdeutschen Opferkonkurrenz zuallererst richtete.

Wer waren – jenseits der 30 Unterzeichner – die eigentlichen *Verfasser* dieser Charta? Erstaunlicherweise ist diese Frage bis heute nicht eindeutig geklärt, sie wird sogar nur selten gestellt. Matthias Stickler hat hier Pionierarbeit geleistet und darauf verwiesen, dass die konkurrierenden Vertriebenen-Dachverbände, der „Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) und die „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL), im Göttinger Abkommen vom 20. November 1949 vereinbart hatten, „ihre gemeinsamen Forderungen und Ziele in einer Magna Charta der Heimatvertriebenen fest[zulegen]". Zu diesem Zwecke sei im Februar 1950 ein „vorbereitender Ausschuss" gebildet worden, dem für den ZvD dessen Bundesgeschäftsführer Carl Dederra und zwei Landesfunktionäre aus Niedersachsen und Hessen, Wilhelm Drescher und Josef Walter, angehört hätten, für die Landsmannschaften wiederum der Ostpreuße Alfred Gille und der Deutschbalte Axel de Vries.[85] Laut Stickler zeigte sich dieser Ausschuss bald durch Streitigkeiten gelähmt, so dass er zielgerichtet erweitert werden musste: Hinzu getreten seien der ZvD-Vorsitzende Linus Kather sowie zwei Landesfunktionäre aus Württemberg-Baden und Niedersachsen, Karl Mocker und Hellmut Gossing, während die Landsmannschaften den Sudetendeutschen Rudolf Lodgman von Auen, den Schlesier Walter Rinke und den Berlin-Brandenburger Walter von Keudell – einen früheren deutschnationalen Reichsinnenminister der Weimarer Republik – entsandt hätten. Außerdem habe seither der Memelländer Ottomar Schreiber, damals Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium, „eine wichtige Rolle" gespielt. Von diesen zwölf Personen hätten zwei (Kather, Keudell) der CDU angehört, einer (Rinke) der CSU, vier (Mocker, Gossing, Walter, Gille) dem „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE), einer (de Vries) der FDP, während die übrigen vier (Dederra, Drescher, Lodgman, Schreiber) parteilos gewesen seien.[86]

[82] Vgl. Lemberg / Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. 3, S. 662f.
[83] Giordano, Die Zweite Schuld, S. 308.
[84] Kindermann, Religiöse Wandlungen und Probleme im katholischen Bereich, S. 116.
[85] Stickler, „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung", S. 50f.; dabei wird Alfred Gille allerdings fälschlich als „Walter Gille" vorgestellt.
[86] Ebenda, S. 51f.

Linus Kather erinnerte sich 1964, dass der von ihm geführte ZvD mit den konkurrierenden VOL im „Göttinger Abkommen" von 1949 „die Abfassung einer ‚Magna Charta' der Vertriebenen" als „Protest gegen das Unrecht der Vertreibung und eine Manifestation des guten Willens und der Bereitschaft zur Mitarbeit an einem neuen Deutschland und an Europa" vereinbart habe. Kather erinnerte sich an die Bildung einer sechsköpfigen Kommission „zur Formulierung des Textes", konnte sich später aber nur auf fünf ihrer Mitglieder besinnen – seitens des ZvD auf die Landesvorsitzenden von Hessen und Niedersachsen, Josef Walter[87] und Willy Drescher[88] sowie den Bundesgeschäftsführer Carl Dederra[89], seitens der Landsmannschaften auf Alfred Gille und Axel de Vries. Diese Liste bildete offenbar die Basis für Sticklers oben zitierte Darlegungen. Dabei nahm Kather dem Landsmannschaftsfunktionär de Vries noch nach Jahrzehnten übel, dass dieser für sich beansprucht hatte, ganz allein „der Verfasser der Charta zu sein", obwohl es sich laut Kather „um eine Gemeinschaftsarbeit der Kommission, nicht um das Werk eines einzelnen" gehandelt habe. Im Übrigen sei der Kommissionsentwurf auch beiden Verbandsführungen separat vorgelegt und „erst nach Veränderung einmütig gebilligt" worden.[90]

Folglich war die Endfassung der Charta nicht nur auf die Kommissionsmitglieder zurückzuführen. Dennoch lohnen Letztere eine genauere Betrachtung, namentlich mit Blick auf etwaige NS-Vergangenheiten. Matthias Stickler hat auf der Grundlage erster Recherchen unter den zwölf Mitgliedern der Charta-Kommission nur ganze zwei – Gille und Walter – als „ehemalige aktive Nationalsozialisten" namhaft gemacht, außerdem Mocker als Mitglied der „Sudetendeutschen Partei" (SdP) in NS-Nähe gerückt, während er „die Rolle von de Vries während [sic!] des Zweiten Weltkriegs als Angehöriger der deutschen Militärverwaltung im besetzten Weißrussland" zwar kritisch ansprach, aber als „bis heute nicht abschließend geklärt" bewertete.[91]

Dieser zwischen einem Sechstel und einem Drittel schwankende NS-Anteil an den Kommissionsmitgliedern ist, wie eine systematische Recherche ergibt, viel zu niedrig angesetzt. Von den von Kather benannten Mitgliedern der Redaktions-

[87] Josef Walter, 1893–1966, 1939–1945 Leiter der Aufbauabteilung der sudetendeutschen Angestelltenkrankenkasse; 1948–1966 Landesvorsitzender ZvD/BvD bzw. BdV in Hessen, 1954–1966 MdL Hessen GB/BHE bzw. GDP, 1962–1966 Vizepräsident des Hessischen Landtages.

[88] Dr. Willy Drescher, 1894–1968, Syndikus verschiedener Unternehmen in Königsberg, 1933–1945 Mitarbeiter der Reichsfilmkammer, 1939–1946 Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft, 1949–1958 Ministerialrat im Bundesvertriebenenministerium.

[89] Dr. Carl Dederra.

[90] Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1, S. 168 f.; Stickler, „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung", S. 52 und S. 70, Anm. 51, verweist ebenfalls auf die umstrittene Behauptung der Hauptautorenschaft von de Vries, die von Kather bestritten, vom Vertriebenenfunktionär Franz Hamm hingegen bestätigt worden sei, kommt jedoch aufgrund von Textvergleichen zu der Ansicht, dass die Charta durchaus noch andere Ursprünge gehabt haben müsse.

[91] Stickler, „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung", S. 52; Weißrussland unterstand zwischen 1941 und 1944 einer deutschen Zivil-, nicht Militärverwaltung, doch de Vries hatte in dieser Region militärische Aufgaben wahrgenommen.

kommission gehörten Walter und Drescher der NSDAP an – der 1894 in Ratzeburg geborene, aber zum Zeitpunkt seines Parteibeitritts in Königsberg lebende Drescher seit dem 1. Mai 1933[92], während der Sudetendeutsche Josef Walter den NSDAP-Beitritt erst im Januar 1939 beantragte, um rückwirkend zum 1. November 1938 in die Ortsgruppe Bodenbach aufgenommen zu werden.[93] Gille und de Vries waren – wie noch gezeigt werden wird – ebenfalls Mitglieder der NSDAP und noch auf weitaus gravierendere Weise – wegen ihrer Tätigkeiten im Zweiten Weltkrieg – NS--belastet.[94] Lediglich im Falle Dederras fällt die Recherche in der NSDAP-Mitgliederkartei im Sinne einer Nicht-Zugehörigkeit zur NSDAP negativ aus.

Abweichend von Kather erinnerte sich 1996 Herbert Czaja an einen „Ausschuß, dem u. a. Gille, Hellmut Gossing, Rudolf Lodgman von Auen, Walter Rinke, Karl Mocker, Ottomar Schreiber und Axel de Vries angehörten" und der „an Entwürfen zur Charta der deutschen Heimatvertriebenen gearbeitet" haben soll. In Czajas Retrospektive hatten „die beiden letzteren" – Schreiber und de Vries – „vermutlich die Endfassung stark beeinflußt".[95] Gille, Gossing, Mocker und de Vries waren die vier früheren NSDAP-Mitglieder dieses Kreises, während Lodgman, Rinke und Schreiber der NSDAP nicht angehört hatten. Dabei hatte Rinke berufliche Nachteile durch das NS-Regime erlitten, das ihn 1933 als Direktor der Oberschlesischen Provinzialversicherungsanstalt zwangsweise in den Ruhestand versetzt hatte[96], und auch Schreiber war als Präsident des Landesdirektoriums des autonomen Memellandes nicht nur in „schwere Konflikte" mit der litauischen Regierung geraten, die diese Autonomie zu brechen suchte, sondern ab 1939 auch mit dem NS-Regime.[97] Lodgman hingegen muss als deutschnationaler NS-Sympathisant betrachtet werden, dessen Nichtbeitritt zur NSDAP keinen grundsätzlichen Dissens indizierte. Sollten Schreiber und de Vries die Hauptautoren der Charta gewesen sein, hätten ein Nicht-Nationalsozialist und ein NS-Belasteter paritätisch kooperiert.[98]

Unter Berufung auf ältere BdV-Angaben sehen die Historiker Eva und Hans Henning Hahn den Entwurf der Charta als Werk einer Autorengruppe, die aus Carl Dederra, Alfred Gille, Axel de Vries und Josef Walter bestanden habe.[99] In diesem Falle hätten ehemalige NSDAP-Mitglieder die klare Mehrheit in der Verfassergruppe gestellt. Eine bislang ungenutzte Quelle, das Protokoll einer baden-württembergischen BdV-Landesvorstandssitzung von 1980, dessen Informationen

[92] Vgl. zum Geburtsdatum 14. 4. 1894 die Todesanzeige für Dr. Willy Drescher im Ostpreußenblatt v. 8. 6. 1968, S. 19, zitiert nach http://archiv.preussische-allgemeine.de/1968/1968_06_08_23.pdf (2. 1. 2012); zu dessen NSDAP-Mitgliedschaft: BAB, BDC, NSDAP-Mitgliedskarte Willy Drescher (Nr. 2857085).
[93] BAB, BDC, NSDAP-Mitgliedskarte Josef Walter (Nr. 6814192).
[94] Vgl. hierzu ausführlicher Kap. IV.2.1.
[95] Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 551 f.
[96] Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 44, Anm. 53.
[97] Ebenda, S. 39, Anm. 24.
[98] Zur NS-Belastung von de Vries:. Kap IV.2.1.
[99] Hahn / Hahn, Die Vertreibung im deutschen Erinnern, S. 772, Anm. 382.

auf den Charta-Mitunterzeichner und BdV-Landesvorsitzenden Karl Mocker zurückgehen dürften, vertrat die „Meinung, daß als eigentliche Verfasser der Charta 4, höchstens 5 Persönlichkeiten anzusprechen sind (Herren Kather, Walter, de Fries [sic!], Schreiber und Dr. Mocker)", während die „Unterschrift vieler Mitunterzeichner auf der Charta […] teilweise sehr zufällig" zustande gekommen sei.[100] In diesem Falle hätte das Verhältnis ehemaliger NSDAP-Mitglieder zu Nichtmitgliedern in der Autorengruppe 3:2 betragen. Ebenfalls 1980 teilte der damalige BdV-Präsident Czaja Linus Kather mit, dass von früheren Unterzeichnern an der 30-Jahr-Feier der Charta nur „Dr. Mocker, Dr. Geissler [sic!], Herr Hamm, Herr Eschenbach und Herr Winkler" teilgenommen hätten[101], woraufhin Kather erklärte, neben Mocker habe von den Genannten nur Bernhard Geisler, der damalige ZvD-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, „wirklich an der Carta [sic!] Verantwortung getragen", während die anderen „nur Randfiguren gewesen" seien. Zudem nahm Kather für sich selbst eine Mitwirkung an der Charta in Anspruch.[102] Kather war kein NSDAP-Mitglied gewesen und auch sonst durch Distanz zum NS-Regime aufgefallen. Anders verhielt es sich beim 1902 im schlesischen Habelschwerdt geborenen BHE-Politiker Bernhard Geisler[103], der als Regierungsassessor im schlesischen Freystadt am 1. April 1933 der NSDAP beigetreten war.[104]

Wie immer auch die offenbar nur annäherungsweise rekonstruierbare Verfassergruppe der Charta ausgesehen haben mag: Sämtliche Konstellationen, obschon sie stets starke Anteile ehemaliger NSDAP-Mitglieder aufweisen, rechtfertigen dennoch die Einschätzung Matthias Sticklers, dass die Charta von 1950 „eine demonstrative, Übereinstimmung signalisierende Gemeinschaftsleistung" von politisch heterogenen und konkurrierenden Vertriebenenvertretern gewesen sei, welche „die massiven Konflikte" zwischen den Autoren-Gruppen letztlich nicht habe „zudecken" können.[105] Aus dieser politischen Heterogenität der Verfasser der Charta der Heimatvertriebenen resultierte wiederum die Tendenz zu abstrakten Formulierungen im Text[106] – Kompromisse gerade auch mit Blick auf die NS-Vergangenheit.

[100] LABW-HStAS, Q 3/51 Bü 160, BdV, Landesvorstand Baden-Württemberg, Landesgeschäftsführer, Klein, an BdV, Präsident Dr. Czaja MdB, 8. 8. 1980,

[101] ACDP I-377-09/7, Dr. Czaja an Dr. Kather, 18. 9. 1980; der darin enthaltene Hinweis, „über das Zustandekommen und Unterzeichnung der Charta hat im Landesvorstand des BdV in Baden-Württemberg Herr Dr. Mocker berichtet", belegt, dass es Mockers Informationen über die Charta-Autorengruppe gewesen sein dürften, die im zitierten Vorstands-Protokoll ihren Niederschlag fanden.

[102] Ebenda, Dr. Kather an Dr. Czaja MdB, 17. 1. 1981, S. 2 und S. 5.

[103] Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 2, S. 211.

[104] Vgl. BAB, BDC, NSDAP-Mitgliedskarte Dr. Bernhard Geisler (Nr. 1689782); zu Geislers Geburtsdatum am 12. 8. 1902 in Habelschwerdt: http://www.republikasilesia.com/Oberschlesien-BW/ldolv/history/charta.htm (29. 12. 2011).

[105] Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch", S. 42, Anm. 42.

[106] Ahonen, After the Expulsion, S. 41–44.

3. Vertriebenenpolitiker und NS-Vergangenheit: Öffentliche Positionen von Erich Schellhaus, Otto Ulitz und Linus Kather

Der kritische Umgang mit der NS-Vergangenheit war in den 1950er Jahren in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft deutlich geringer ausgeprägt als in der Folgezeit. Gleichwohl fand eine solche Debatte durchaus statt und wurde nicht nur von linken Intellektuellen geführt. Schon das in der Vertriebenen-Charta von 1950 artikulierte, jeden Wunsch nach deutscher „Rache und Vergeltung" ausschließende „Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat", benannte die deutschen NS-Verbrechen zwar nicht ausdrücklich, schloss sie jedoch ein in jene allgemein benannte „Schuld", an der nach Einschätzung der deutschen Vertriebenenführer alle Kriegsparteien irgendwie Anteil gehabt haben sollten.[107] Die NS-Vergangenheit war in dieser Erklärung in freilich relativierter Form durchaus präsent.

Von den dreizehn Mitgliedern des Gründungspräsidiums des BdV haben sich, soweit bisher ersichtlich, nur wenige öffentlich mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt. Entgegen der noch jüngst geäußerten wissenschaftlichen Einschätzung, dass „die Frage nach einer Verantwortung oder zumindest Mitverantwortung der Deutschen" im Falle der Landsmannschaft Schlesien „weder in den öffentlichen Erklärungen noch in den internen Debatten" jemals aufgetaucht sei, dass vielmehr ohne jede kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus „das Leben in Schlesien vor 1945 […] als heile Welt" beschrieben worden sei[108], zeigen sich im Laufe der 1950er und frühen 1960er Jahre gerade unter den schlesischen und oberschlesischen Vertriebenenfunktionären mit NS-Biographien durchaus Tendenzen, die NS-Vergangenheit explizit anzusprechen und zunehmend kritisch zu bewerten. Diese Beobachtung gilt für den langjährigen Sprecher der Schlesischen Landsmannschaft, Erich Schellhaus, ebenso wie für den Vorsitzenden der Landsmannschaft der Oberschlesier, Otto Ulitz. Namentlich der in der frühen Bundesrepublik (nicht immer zu Unrecht) als rechtskonservativer Scharfmacher geltende Erich Schellhaus machte diesbezüglich einen Lernprozess durch, denn zu Beginn der 1950er Jahre hatte er in der Tat noch eine einseitig die deutschen Opfer betonende Perspektive vertreten und sich nicht gescheut, auch NS-belastete Gruppen der deutschen Gesellschaft offensiv zu rechtfertigen. In einer Wahlrede zur Bundestagswahl 1953, bei der seine Partei, der GB/BHE, ihren größten Erfolg erzielte und einige Jahre als Koalitionspartner Konrad Adenauers fungieren konnte, wandte sich Schellhaus gegen die angebliche Diffamierung der deutschen Soldaten: „Wie kann man den Soldaten schmähen für etwas, was Politiker verschuldet haben?" In diese Rechtfertigung bezog Schellhaus ausdrücklich „die Waffen-SS voll und ohne Vorbehalt mit ein", denn er habe als Wehrmachtsoffizier in Russland deren „große Kameradschaft und Einsatzfreudigkeit" persön-

[107] Zitiert nach: Lemberg / Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. 3, S. 662f.
[108] Lotz, Im erinnerungspolitischen Sog, S. 328.

lich erlebt und hoch schätzen gelernt. Aus dieser Grundhaltung – die immerhin „Politikern" des NS-Regimes (darunter auch dem ungenannten Diktator Adolf Hitler) Schuld für bestimmte, aber nicht näher bezeichnete Ereignisse zuwies – leitete Schellhaus den Einsatz des BHE für entnazifizierungsgeschädigte „Beamte und Soldaten" ab: Man müsse jede „Deklassierung eines Staatsbürgers durch ein politisches Gesetz" ablehnen, „sowohl für die Jetztzeit als auch für die Zeit des 3. Reiches". Denn: „Was damals einzelne Menschen durchgemacht haben und, was den jüdischen Bevölkerungsteil anlangt, dieser in seiner Gesamtheit erdulden musste, damit hätte sich der deutsche Name besser nicht befleckt. Man kann aber zu der Gruppe der politisch und rassisch Verfolgten von gestern nicht jetzt wieder eine neue Gruppe der politisch Entrechteten von heute hinzufügen." Stattdessen müsse man „alle Gräben zuschütten". Die Hunderttausende von Entnazifizierten seien keine Verbrecher, sondern „alles Menschen, die im Glauben an eine gute Sache einmal mitgemacht haben oder mitmachen mussten, wenn sie ihre Stellen nicht verlieren wollten".[109] Das wusste der ehemalige NS-Bürgermeister Erich Schellhaus nur zu gut. Für den Schellhaus der frühen 1950er Jahre trug das deutsche Volk offensichtlich keine Schuld an den NS-Verbrechen, auch wenn „der deutsche Name" durch die NS-Judenverfolgung „befleckt" worden war. Für Schellhaus waren die deutschen Vertriebenen „unter in der Geschichte beispiellosen Umständen" aus ihrer Heimat zwangsweise entfernt worden, „obwohl doch diese Menschen keine Schuld zu sühnen hatten"; sie seien vertrieben worden, nur „weil sie Deutsche waren".[110]

Zum Volkstrauertag in Hannover hielt Schellhaus 1954 eine Rede, in der ebenfalls die deutsche Opfer-Perspektive dominierte, in der aber zugleich die Ausweitung des modernen Krieges auf Frauen und Kinder und der Rassenwahn verurteilt wurden. Neben den Gefallenen des Krieges und ihren Angehörigen wurde „genauso der deutschen Menschen" gedacht, „die durch innere und äußere Gewaltherrschaft in jedweder Form als Opfer der Freiheitsberaubung, Verschleppung und Vertreibung einen Schaden an Leib und Seele erlitten haben oder selbst ihr Leben opfern mußten". Ihr Opfer sei „nicht minder groß", so Schellhaus, daher trauerten die Vertriebenen auch um diese Opfer (teilweise Opfer der NS-Diktatur) und erklärten feierlich, „daß wir alles tun werden, um auch das Leid ihrer Angehörigen zu lindern".[111] Kurz zuvor hatte Schellhaus auf dem Nordwestdeutschen Schlesiertreffen in einem Rückblick auf die Geschichte seiner schlesischen Heimat zwar das „Bekenntnis zum Deutschtum" in der oberschlesischen Volksabstimmung von 1921 gerühmt, die zwölfjährige NS-Herrschaft jedoch mit keinem

[109] NHStA-H, VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 4, Schellhaus, Wahlrede zur Bundestagswahl 1953, o. D., S. 14 und S. 16–19.

[110] Ebenda, VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 3, Erich Schellhaus, Rede zum Tag der Heimat, o. D. [ca. 1952].

[111] Ebenda, VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 2, Erich Schellhaus, Rede zum Staatsakt anläßlich des Volkstrauertages im Opernhaus Hannover, 14. 11. 1954, insb. S. 2.

Wort erwähnt – wenn man von einem Hinweis auf die blühende Wirtschaft und Kultur Schlesiens bis 1945 absieht.[112]

In einer Rede vor einer GB/BHE-Versammlung führte Schellhaus drei Jahre später die Vertreibung auf die „deutsche Katastrophe vom 8. Mai 1945" zurück, die er erneut, „das sei ehrlich zugegeben", dem „Verschulden der politischen Führung von 1933 bis 1945" anlastete. Bei dieser Gelegenheit fand Schellhaus offene Worte dafür, dass „in jenen Jahren von einigen wenigen schweres Unrecht im Namen des deutschen Volkes verübt worden" sei. Das war für Schellhaus' NS-Vergangenheitspolitik ein erheblicher Fortschritt, auch wenn er sich wiederum in die damals verbreitete, jedoch allzu simple Unterscheidung zwischen schuldbeladener NS-Führung und schuldlosem deutschem Volk flüchtete. Zugleich beharrte Schellhaus darauf, dass die tiefere Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus (und damit für die NS-Verbrechen) in den Friedensschlüssen des Ersten Weltkrieges zu finden sei, in denen „die alte Ordnung dieses Kontinents" zerstört und durch den „überspitzte[n] Nationalismus" der „Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, einschließlich Polens", ersetzt worden sei. Die ungerechte Minderheitenpolitik seit dem Friedensdiktat von Versailles und die durch die sinnlose Zerschlagung des großen habsburgischen Wirtschaftsraumes verschärfte Weltwirtschaftskrise hätten den Boden geschaffen, „auf dem ein Hitler wuchs". Daher forderte Schellhaus: „Wenn man uns heute immer vorwirft, was unter dem nationalsozialistischen Regime geschah, dann sollte man auch nie die Ursachen vergessen, die zu ihm geführt haben und an denen der Westen und die übrige Welt genau so Mitschuld haben".[113] Ähnlich hatte die Charta von 1950 argumentiert.

Zum 15. Jahrestag des Kriegsendes wehrte sich Schellhaus 1960 – mitten in der Oberländer-Krise, die durch von Seiten Polens und der DDR erhobene schwere NS-Vorwürfe gegen den damaligen Bundesvertriebenenminister ausgelöst worden war[114] – unter Betonung des völkerrechtlichen Unrechts der Vertreibung vehement gegen die „seit Monaten über das freie Deutschland vom Osten ausgegossenen Kübel schmutzigster Schmähungen, verleumderischer Unterstellungen und frei erfundener Lügen". Freilich musste Schellhaus eingestehen, dass infolge des Oberländer-Skandals der deutsche Appell an „Recht und Gerechtigkeit" durch die „Verleumdungskampagne selbst im neutralen oder sogar befreundeten Ausland" außerordentlich erschwert sei: „Zu tief hängen noch die Schatten über dem düstersten Kapitel unserer eigenen Geschichte und zu wenig vernarbt ist das große Leid, das damit über weite Teile dieser Welt und viele Millionen Menschen kam." Schellhaus hielt dem entgegen, „das freie Deutschland" habe seit 1945 seinen ehrlichen Willen bewiesen, „gutzumachen, was irgendwie gutzumachen geht". Nur solle die Welt von Deutschland nichts Unmögliches verlangen. Unmöglich

[112] Ebenda, VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 1, Schellhaus, Rede zur Großkundgebung des Nordwestdeutschen Schlesiertreffens am 11. 7. 1954, S. 4–7.

[113] Ebenda, VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 3, Schellhaus, „In Potsdam wurde der Frieden verloren". Redeunterlage für den 4. 8. 1957, o. D., S. 10 und S. 1 f.

[114] Näheres siehe unten in Kap. I.5.

sei, den „Raub unserer Heimat“ und die Teilung Deutschlands anzuerkennen. Das sei nichts anderes als „eine neue Spielart der Sippenhaftung“, durch die man auch Menschen treffe, „die mit diesen dunklen Zeiten der Vergangenheit nichts, aber auch gar nichts zu tun“ hätten, also die junge Generation und künftige Generationen.[115]

Das Wort von den „Schatten der Vergangenheit“ bezeichnete zu diesem Zeitpunkt für Schellhaus nicht nur etwas Lästiges, das die Revisionsforderungen der Vertriebenen beeinträchtigte. Bereits im April 1960 hatte Schellhaus in einer Ansprache vor der Jugend seiner schlesischen Landsmannschaft die „Schatten aus einer Zeit“ beschworen, „da man sich im Namen des deutschen Volkes selbst gegen göttliches und menschliches Recht verging“, und unter Verweis auf die nationalsozialistischen Konzentrationslager ausdrücklich erklärt: „Nicht viel mehr als eine Autostunde von hier liegt eine Stätte, die uns an diese schrecklichen Zeiten mahnt. Ich meine Bergen-Belsen. Wir müßten in der Welt […] als völlig unglaubhaft erscheinen, wenn wir so täten, als bestünde ein derart düsteres Kapitel deutscher Geschichte nicht. Jedoch durch neues Unrecht wurde noch nie ein Unrecht gut gemacht, sondern nur das Unrecht dieser Welt vermehrt.“ Schellhaus setzte seine Hoffnung ausdrücklich auf die Jugend: „Sie steht da, unbelastet von einer dunklen Vergangenheit und mit unbefleckten Händen.“[116] Im unausgesprochenen Umkehrschluss erklärte er damit seine eigene Generation tendenziell für NS-belastet und befleckt.

Noch deutlichere Selbstkritik am Versagen der eigenen Generation übte Schellhaus auf dem Bundesparteitag der „Gesamtdeutschen Partei“ (GDP), der Nachfolgerin des GB/BHE, in Hannover im April 1963. Dort führte er aus, Deutschland habe seine historische Aufgabe nicht erfüllt, sondern statt Freundschaft Feindschaft mit anderen Völkern erzeugt. Es werde daher lange dauern, bis „alle Berge von Hass, Furcht und Mißtrauen abgetragen“ seien. „Mit dem festen Willen, es diesmal besser zu machen, wollen wir die Brücke wieder bauen, die nicht ohne unsere Schuld niedergerissen wurde.“ Man müsse den östlichen Nachbarvölkern den eigenen ernsthaften „Willen zur Aussöhnung“ verständlich machen und eine „Atmosphäre der Versöhnlichkeit“ zu schaffen suchen.[117] Den Höhepunkt seiner selbstkritischen Möglichkeiten erreichte Schellhaus wenig später mit einem Auftritt vor dem SPD-Präsidium, den seine sozialdemokratischen Kollegen im BdV-Präsidium, Jaksch und Rehs, ermöglicht haben dürften. Bei dieser Gelegenheit machte der Sprecher der Landsmannschaft Schlesien deutlich, dass die Landsmannschaften nicht nur rückwärtsgewandt denken dürften, denn es gehe nicht mehr um die Wiederherstellung des Zustands vor der Vertreibung. Schellhaus äußerte Selbstkritik an der früheren Vertriebenenpolitik, die grobe Fehler

115 NHStA-H, VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 5, Schellhaus, „15 Jahre danach“. Rede o. D. [1960], S. 25 f. und S. 28–31.

116 Ebenda, Schellhaus, Ansprache auf dem Jugendabend der schlesischen Jugend in Hannover am 23. 4. 1960, S. 13–15.

117 Ebenda, Schellhaus, Referat vor dem Bundesparteitag der GDP in Hannover am 6. 4. 1963, S. 17 und S. 19.

bei der Formulierung ihrer Ansprüche begangen habe, und warf dabei auch einen Blick auf „die furchtbaren Jahre von 1933 bis 1945“: „Wir müssen den Mut zu dem Geständnis haben, daß in den Jahren von 1933 bis 1945 von unserer Seite sehr viel Unrecht geschah, und daß wir dieses Unrecht wieder gutzumachen haben.“ Nur – darauf beharrte er weiterhin – dürfe es keine Wiedergutmachung geben, „die selbst das Siegel des Unrechts trägt“.[118]

Ähnlich wie Schellhaus ist auch der langjährige Vorsitzende der oberschlesischen Landsmannschaft, Otto Ulitz, hinsichtlich seines Wirkens in der Bundesrepublik „als rechtskonservativ und deutschnational“ eingestuft worden.[119] Dabei kann Ulitz – im Gegensatz zu anderen Vertriebenenpolitikern – ebenso wenig wie Schellhaus vorgeworfen werden, einer subjektiv kritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen aus dem Wege gegangen zu sein. Ulitz hat diese Verbrechen vielmehr wiederholt öffentlich benannt – und dies noch deutlicher als Schellhaus. In einem von ihm verfassten Überblickswerk zur Geschichte Oberschlesiens, das erstmals 1957 erschien und 1962 sowie 1971 weitere Auflagen erlebte, widmete Ulitz unter der Überschrift „Deutscher! Vergiß es nie!“ ein Kapitel der NS-Rassenpolitik gegen die slawischen und jüdischen Mitbürger seiner Heimat. Ulitz stellte unumwunden fest: „Die Behandlung der polnischen, jüdischen und der tschechischen Bevölkerung widersprach den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, sie hat die Gesetze der Menschlichkeit und die Forderungen des öffentlichen Gewissens kraß verletzt.“ Die Polen hätten „unter Ausnahmerecht“ gestanden und seien für dieselben Straftaten viel härter bestraft worden als Deutsche, nicht selten mit der Todesstrafe. Privateigentum sei „willkürlich beschlagnahmt“ und polnische Bauern seien „bei Nacht und Nebel aus ihren Wohnstätten in das Generalgouvernement ausgetrieben“ worden. Allerdings machte Ulitz geltend, dass diese „Unterdrückung nicht immer und überall voll zur Wirkung“ gekommen sei, weil sich einige NSDAP-Mitglieder und Beamte „noch von den Gesetzen der Menschlichkeit“ hätten „leiten“ lassen. Damit meinte er nicht zuletzt sich selbst und seinen engeren Kollegenkreis. Zudem betonte Ulitz, letztlich sei der rassistische „Wahnwitz, die Polen zu Heloten, zu Arbeitssklaven herabzuwürdigen“, am „Rechtsempfinden“ und „Gemeinschaftsempfinden der Oberschlesier“ gescheitert: „Der deutsche Oberschlesier wurde auch in dieser Zeit nicht zum Feinde seines polnischen Bruders.“[120]

Dass viele polnische und deutsche Oberschlesier trotz der nationalistischen Konflikte des 20. Jahrhunderts „auch in schwierigen Zeiten ein gewisses Verständnis füreinander aufgebracht“ hätten, behauptete später auch der ebenfalls aus Oberschlesien stammende BdV-Präsident Herbert Czaja, der dies auf polnischer Seite für den (1939 verstorbenen) Nationalisten Wojciech Korfanty ebenso gelten

[118] Ebenda, Schellhaus, Rede vor Bundespräsidium der SPD, o. D. [ca. 1965], S. 3f. und S. 6–8, S. 18 und S. 24.
[119] Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 323.
[120] Ulitz, Oberschlesien, S. 104f.; die früheren Auflagen von 1957 und 1962 unter dem Titel: „Aus der Geschichte Oberschlesiens“.

ließ wie auf deutscher Seite für Männer wie Hans Lukaschek oder Otto Ulitz.[121] Das mag im Vergleich zur nationalistischen Konfrontation in anderen Grenzregionen grundsätzlich zugetroffen haben, hat jedoch die Umsetzung der rassistischen NS-Politik in Oberschlesien nicht verhindert. Auch dort wurden, wie ein jüdischer Augenzeuge aus Breslau kurz vor seiner Deportation in ein NS-Vernichtungslager im April 1941 festhielt, „die Polen auf halbe Lebensmittelrationen gesetzt".[122] Und wenn Ulitz mit Blick auf „die tschechische Volksgruppe […] im Olsagebiet", das 1939 zu Oberschlesien geschlagen worden war, feststellte, dass diese primär „von der Schließung ihrer Schulen und den Eingriffen in das Privateigentum betroffen" gewesen sei und insgesamt „unter deutscher Herrschaft weniger gelitten" habe „als die polnische Bevölkerung"[123], stellte er bei aller Relativierung die rassistischen Repressionen des NS-Regimes, dem er als Leiter der oberschlesischen Schulverwaltung gedient hatte, zumindest grundsätzlich nicht in Abrede.

Die von Ulitz in seiner Geschichtsdarstellung vorgenommene Stilisierung Oberschlesiens zur „Oase" im NS-Staat[124] ist vor allem deshalb fragwürdig, weil im Zentrum dieser vermeintlichen „Oase" das SS-Vernichtungslager Auschwitz lag. Das war Ulitz sehr wohl bewusst, wenn er anklagend feststellte: „Der Jude war rechtlos, er war vogelfrei!" Zugleich machte er aber auch hier eine oberschlesische Sondersituation geltend, indem er behauptete, in seiner Heimatregion habe es „vor dem Eindringen des Nationalsozialismus keine Feindseligkeiten gegenüber Juden gegeben", und namentlich „die häufig bis zu blutigen Ausschreitungen sich steigernde Feindschaft der Polen gegenüber den Juden" habe „der Oberschlesier nie gekannt". Für Ulitz war „das Niederbrennen der Tempel durch ein […] Sonderkommando in der Nacht zum 5. September 1939" – also knapp zehn Monate nach dem reichsweit durchgeführten Novemberpogrom von 1938 – das „Fanal für die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung". Die Hauptverantwortlichen Hitler und Himmler prangerte er als „Prediger menschlicher Bestialität" an, ihre „Henker und Henkersknechte" wurden in seiner Sicht völlig zu Recht „vor Gericht gestellt", um ihre „Verbrechen" zu „sühnen". Wichtig war Ulitz – ähnlich wie Schellhaus – bei dieser Kritik die grundlegende Unterscheidung zwischen NS-Tätern und dem deutschen Volk. In seiner Sicht hatten die Täter „gegen das innere Gesetz ihres eigenen Volkes gehandelt".[125] Abgesehen davon, dass dies ein Denkmuster war, welches unter umgekehrten Vorzeichen während der NS-Zeit die Ausgrenzung von anderen angeblich von ihrem Volk entfremdeten Minderheiten legitimiert hatte, stellt sich die Frage: Hatte das Volk, hatte ein ‚ordentlicher' Beamter mit alldem nichts zu tun?

Besonders heikel war die von Ulitz versuchte kategorische Trennung zwischen NS-Tätern und Volk im Falle von Auschwitz: „Das Lager Auschwitz lag mehrere

121 Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 572.
122 Cohn, Kein Recht, nirgends, Bd. 2, S. 922.
123 Ulitz, Oberschlesien, S. 106.
124 Ebenda, S. 101.
125 Ebenda, S. 105.

Kilometer außerhalb der Stadt, […] dem Zutritt und dem Einblick Dritter völlig entzogen. Die Bevölkerung hat von den Vorgängen in diesem Lager erst nach dem Ende des Krieges Kenntnis erhalten."[126] Wir wissen heute, dass Gerüchte über den dort verübten Völkermord sehr viel weiter verbreitet waren, als diese Schilderung glauben machen will. Der in Dresden lebende Victor Klemperer, den nur seine Ehe mit einer ‚arischen' Frau vor den NS-Vernichtungslagern bewahrte, hörte erstmals im März 1942 den Namen „Auschwitz (oder so ähnlich) bei Königshütte in Oberschlesien" als „furchtbarstes KZ", in dem die Häftlinge „nach wenigen Tagen" zu Tode kämen. Im Oktober 1942 wurde dieses Gerücht durch tödliche Fakten erhärtet.[127] Auch der im oberhessischen Laubach als Justizinspektor eines Amtsgerichts tätige Friedrich Kellner – ein resistenter Sozialdemokrat – erfuhr nicht nur im Oktober 1941 durch einen auf Fronturlaub befindlichen Soldaten Details über Massenmorde von SS-Kommandos an polnischen Juden[128] und im Dezember 1941 von der systematischen Deportation deutscher Juden „irgendwohin".[129] Im September 1942 wusste dieser nachrangige, aber hellwache deutsche Beamte „von gut unterrichteter Seite" auch, „daß sämtliche Juden nach Polen gebracht u. dort von SS-Formationen ermordet würden".[130] Sollte der als Ministerialrat und Schuldezernent der oberschlesischen Provinzialverwaltung vor Ort tätige Otto Ulitz nicht gewusst haben, was ein weit entfernter Beamter deutlich niedrigeren Ranges in Hessen hatte erfahren können? Der von Ulitz geschätzte Dienstvorgesetzte in Kattowitz, Regierungspräsident Walter Springorum, war mit Raumplanungsverfahren befasst, bei denen die Stadt Auschwitz mit dem anliegenden Konzentrationslager im Konflikt lag, und traf im Oktober 1941 als Vorsitzender einer Kommission mit dem SS-Kommandanten des Vernichtungslagers persönlich zusammen. Im September 1942 war Springorum erneut zu einer „Ortsbesichtigung" in Auschwitz, die ihn zumindest in die unmittelbare Nähe des Lagers gebracht haben dürfte.[131] War das dortige Geschehen nie ein Thema unter den oberschlesischen Spitzenbeamten? Sehr wahrscheinlich konnte ein hoher Beamter jener Provinz, in der Auschwitz sich befand, über das dortige Mordgeschehen erheblich mehr wissen, als Ulitz nach 1945 einzugestehen bereit war. Möglicherweise hatte Ulitz den systematischen Massenmord in nächster Nähe zur Wahrung seines Selbstbildes persönlicher „Anständigkeit" gar nicht wahrhaben wollen. Hier zeigen sich Grenzen seiner Kritik an der NS-Vergangenheit, die eben nicht wirklich in Selbst-Kritik mündete.

Ausgerechnet ein dezidierter Nicht-Nationalsozialist aus dem Gründungs-Präsidium des BdV, Linus Kather[132], schien den NS-Kontinuitätsvorwurf der DDR-Propaganda dadurch eklatant zu bestätigen, dass ihn sein politischer Lebensweg

126 Ebenda, S. 106.
127 Klemperer, „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten …", Bd. 2, S. 47 und S. 268.
128 Kellner, „Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne", Bd. 1, S. 191f.
129 Ebenda, S. 211.
130 Ebenda, S. 311.
131 Gutschow, Ordnungswahn, S. 91 und S. 112.
132 Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, S. 14f.

von der CDU über den GB/BHE bzw. die GDP schließlich zur rechtsradikalen NPD führte. Kather, der in den frühen 1950er Jahren als CDU-Politiker erfolgreiche und in den späten 1950er Jahren als BHE-Politiker gescheiterte führende deutsche Vertriebenenpolitiker, stellte sich 1968/69 in der Hoffnung auf ein politisches Comeback der NPD zur Verfügung, die damals gute Chancen besaß, in den Bundestag einzuziehen – was erfreulicherweise nicht gelang. Neben persönlichem Ehrgeiz trieb Kather zu seiner NPD-Kandidatur die Wahrnehmung, dass nicht nur SPD und FDP, sondern trotz aller Lippenbekenntnisse auch CDU und CSU die Vertreibungsgebiete längst abgeschrieben hatten.[133]

Kathers Engagement für die NPD war intensiver und dauerte länger als bisher bekannt. Kather hatte diese bedenkliche Nähe nicht nur 1968/69 gepflegt, wie man seit Längerem weiß, sondern über Jahre hinweg aufrecht erhalten. Beginnend im Frühjahr 1968[134], blieb die Zusammenarbeit zumindest bis 1971 sehr eng. Kather betonte 1970, dass er zwar formell „nicht Mitglied der NPD geworden" sei, dass diese Tatsache jedoch „keine Distanzierung von der Partei und ihren Zielen" bedeute; sein Nicht-Beitritt sei „nicht von Belang", denn er habe eine Zeit lang der NPD beitreten sollen und sich selbst bereits als Mitglied betrachtet.[135] Zwar kühlte das Verhältnis zur NPD nach dem Rücktritt des Vorsitzenden von Thadden im Jahre 1971, der Kather 1968 zur Mitarbeit gewonnen hatte, spürbar ab. Thaddens Nachfolger Martin Mußgnug erhielt auf seine Einladung zum NPD-Parteitag für 1972 die säuerliche Reaktion Kathers, da er nicht mehr unter die „Spitzenkandidaten" der Partei eingereiht worden sei, wolle er es sich auch „nicht zumuten, in spektakulärer Form auf dem Parteitag aufzutreten". Dessen ungeachtet werde er sich weiterhin „energisch für Ihre Partei einsetzen". Gerade die Vertriebenen müssten stärker angesprochen werden, wofür er „vielleicht mehr als andere" geeignet sei.[136] Infolgedessen erhielt Kather auch 1973 und 1974 Einladungen zu NPD-Parteitagen, und noch 1978 wurde er als „Gast" geladen. Wir wissen nicht, ob er diese Einladungen wahrgenommen hat; nur für 1974 ist eine

[133] So erklärte Kather 1970 in einem Beitrag für eine NPD-Zeitung, er habe die CDU 1954 verlassen, nachdem er „erkannt" habe, „daß die Vertriebenen von ihr und Konrad Adenauer in großem Stil betrogen wurden"; allerdings gebe es „heute noch Vertriebenensprecher, denen diese Erkenntnis immer noch nicht gekommen ist"; vgl. BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 9708 Teil 1, Bl. 94, „20 Jahre Charta der Heimatvertriebenen. Ein Rückblick von Dr. Linus Kather", in: Deutsche Nachrichten Nr. 32 v. 7. 8. 1970; auch als Vorsitzender der von der NPD gesteuerten „Aktion Deutschland" warf Kather nicht nur der SPD/FDP-Bundesregierung 1970 vor, „sich mit der Spaltung Deutschlands abzufinden und wichtige Rechtspositionen ohne Gegenleistung aufzugeben", sondern attackierte auch die CDU/CSU-Opposition, der er vorwarf, diese Politik „mitverschuldet" zu haben; vgl. BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX/11, PA Nr. 611, Bl. 28 f., MfS, HA IX/8, Information 1/1970 vom Mai 1970; ähnlich in der Zeitung des baden-württembergischen Landesverbands des BdV: vgl. LABW-HStAS, J 121/536 Nr. 1, Dr. Linus Kather, „Die Unionsparteien müssen Farbe bekennen! Das Selbstbestimmungsrecht ist unverzichtbar", in: BdV-Nachrichten 20. 1970, Nr. 6, S. 2.

[134] ACDP, I-377-07/6, NPD, v. Thadden, an Dr. Kather, 11. 4. 1968.

[135] ACDP, I-377-27/6, Dr. Kather an Rechtsanwalt Günter S., 15. 12. 1970.

[136] Ebenda, Dr. Kather an NPD, Mußgnug, 7. 9. 1972.

(angeblich urlaubsbedingte) Absage erhalten. Wir wissen jedoch, dass Kather noch 1975 zum ehemaligen NPD-Vorsitzenden von Thadden privat weiterhin Kontakt hielt. Als hingegen 1979 der bekannte rechtsradikale Politiker Dr. Gerhard Frey seinerseits Kontakt zu Kather suchte[137], scheint dieser darauf nicht reagiert zu haben.

Mit diesem späten NPD-Engagement schien Kather seinen früheren NS-distanzierten Lebensweg zu dementieren. Als „Neonazi" hat sich Kather allerdings nie verstanden. Sein Engagement in der NPD, die 1983 vom Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" etwas zu nachsichtig für ihre Frühphase der 1960er Jahre als eher „neokonservative" Partei eingeschätzt wurde[138], verteidigte er gegenüber Kritikern, die auf die „Unvereinbarkeit des NPD-Programms mit der Charta" der Heimatvertriebenen von 1950 hinwiesen, mit dem Argument, er kandidiere guten Gewissens für die NPD und müsse dies trotz seines hohen Alters tun, weil er dem „nationalen Ausverkauf" der deutschen Ostgebiete „entgegenwirken" wolle.[139] Auch in seinem NPD-Wahlaufruf von 1969 betonte Kather, dass er trotz seines NPD-Engagements kein Nazi sei: „Ich habe mit den Nationalsozialisten nicht paktiert, ich galt die ganzen 12 Jahre lang als politisch unzuverlässig. Wegen der ständigen und aufrechten Verteidigung katholischer Priester habe ich Bekanntschaft mit dem Gefängnis gemacht und Haussuchungen durch die Gestapo hinnehmen müssen. Man wird Verständnis dafür haben, daß ich nicht beabsichtige, mir von Leuten Dummheiten gefallen zu lassen, die eine weniger klare Haltung aufzuweisen haben."[140] Noch 1982 wetterte Kather gegen „verhetzte Jugendliche" und „Schreihälse aller Parteien", die ihn und andere NPD-Vertreter einst am Reden gehindert hätten: „Sie wollten nicht einmal zur Kenntnis nehmen, daß ich ein Gegner der Nationalsozialisten gewesen bin. Auch sie beherrschte die Klischeevorstellung: wer für die NPD kandidiert, ist ein Nazi. Schade, daß sie so spät geboren sind, sie wären prima Nazis geworden."[141]

1968 scheint es in der NPD die strategische Überlegung gegeben zu haben, Nicht-Nationalsozialisten wie Kather herauszustellen, um den häufig nur zu berechtigten NS-Vorwürfen gegen Funktionäre dieser Partei zu begegnen. So schrieb ein NPD-Anhänger an Kather: „Unbelastete Männer in der NPD könnten der Öffentlichkeit am besten beweisen, daß wir eine ehrliche nationale Opposition nach freiheitlich demokratischen Grundsätzen anstreben".[142] Auch der NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden scheint bald erkannt zu haben, dass Kather ohne allzu deutliche NPD-Bindung nützlicher zu sein versprach denn als NPD-Kandidat. 1968 hatte man die Erfahrung gemacht, dass die Bereitschaft lokaler BdV-Funktionäre in Krefeld, „eine gemeinsame Veranstaltung" mit der NPD zu orga-

137 Vgl. die Vorgänge in ACDP, I-377-28/4.
138 Vgl. „Gestorben: Linus Kather", in: Spiegel Nr. 12/1983 v. 21. 3. 1983.
139 ACDP, I-377-07/6, Dr. Kather an Wilhelm von K., 27. 8. 1969.
140 Ebenda, Dr. Kather, „Gründungspräsident des Bundes der Vertriebenen", NPD-Wahlaufruf vom 13. 9. 1969, S. 1, S. 3 und S. 5.
141 Kather, Von Rechts wegen?, S. 195.
142 ACDP I-377-28/2, Otto K. an Dr. Kather, 12. 6. 1968, S. 3.

nisieren, bei der Kather als Redner auftreten sollte, am „Abgrenzungskurs des BdV vom Rechtsextremismus“ scheiterte[143], da die BdV-Führung die Absage dieser Veranstaltung erzwang.[144] Statt offen für die NPD aufzutreten, besorgte Kather deren Geschäfte nach der Wahlniederlage von 1969 daher in scheinbarer Unabhängigkeit. So wurde er im Februar 1970 zum Vorsitzenden einer „nationalen Sammelbewegung“ mit dem Namen „Aktion Deutschland“ gewählt.[145] Als solcher warf er nicht nur der SPD/FDP-Bundesregierung vor, „sich mit der Spaltung Deutschlands abzufinden und wichtige Rechtspositionen ohne Gegenleistung aufzugeben“, sondern erhob auch gegenüber der CDU/CSU den Vorwurf, die neue Ostpolitik „mitverschuldet“ zu haben.[146] Angesichts seiner scheinbaren Unabhängigkeit gelang es Kather, solche Positionen auch in der Vertriebenen-Verbandspresse zu vertreten.[147] Zugleich duldete er, dass im Pressedienst der „Aktion Deutschland“, dem „adp“, 1974 eine apologetische Notiz zum 80. Geburtstag des 1946 als Hauptkriegsverbrecher verurteilten früheren „Stellvertreters des Führers der NSDAP“, Rudolf Heß, erschien.[148]

Dass die NPD und ihre Vorfeldorganisationen um 1970 nicht nur „neokonservativ“ waren, wie der „Spiegel“ später meinte, sondern auch durch weiterhin rechtsextremistische Alt-Nationalsozialisten geprägt wurden, mit denen Kather gemeinsam auftrat und agierte, ist nicht zu verkennen. So beteiligte sich Kather im Oktober 1970 in Würzburg an der Gründungsversammlung einer „Aktion Widerstand“, bei der laut DDR-Staatssicherheit rund 3000 Angehörige „rechtsgerichteter Gruppen“ zusammen kamen, darunter ehemalige NSDAP-Mitglieder und aktive NPD-Mitglieder. Als „führende Köpfe“ machte das MfS den NPD-Vorsitzenden von Thadden, dessen Partei die finanzielle Unterstützung besorgt habe, und den ehemaligen Hauptabteilungsleiter Ost im Reichsaußenministerium Peter Kleist namhaft, der als Vorsitzender der „Aktion Widerstand“ fungierte.[149] Zu Kleist hatte die DDR-Stasi allerdings lückenhaft recherchiert, denn dieser war zwar zeitweilig im Auswärtigen Amt des NS-Staates tätig gewesen, 1941 aber vor allem zum „Abteilungsleiter Ostland“ im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete aufgestiegen.[150] Auf dem Podium der „Aktion Widerstand“, „über sich

143 Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 339.

144 Ebenda, NPD-Kreisverband Krefeld, an Dr. Kather, 18. 7. 1968; BdV-Kreisgruppe Krefeld, an Dr. Kather, 10. 8. 1968; Dr. Kather, Aktenvermerk o. D. [ca. September 1968].

145 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX/11, PA Nr. 611, Bl. 27, „Die Welt“ v. 24. 2. 1970.

146 Ebenda, Bl. 28 f., MfS DDR, HA IX/8, Information 1/1970 vom Mai 1970.

147 LABW-HStAS, J 121/536 Nr. 1, Dr. Linus Kather, „Die Unionsparteien müssen Farbe bekennen! Das Selbstbestimmungsrecht ist unverzichtbar“, in: BdV-Nachrichten 20. 1970, Nr. 6, S. 2.

148 LABW-HStAS, Q 3/51 Bü 152, Aktion Deutschland e.V. Pressedienst (adp) Nr. 3/1974 v. 9. 5. 1974, S. 4.

149 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX/11 FV 13/71 Bd. 11, Bl. 32–34, insb. Bl. 32 f., MfS DDR, „Gewaltakte rechtsextremistischer Kräfte in Westdeutschland und Westberlin“, o. D. [Ende 1970].

150 Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, S. 315; Zellhuber, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu…“, S. 54.

eine Karte des ‚Großdeutschen Reiches'", saß laut MfS-Bericht neben Kather und Kleist auch der ehemalige Wiener NSDAP-Gaupresseamtsleiter Erich Kernmayr alias Erich Kern[151], der nach 1945 – ähnlich wie Kleist – als rechtsextremer Publizist hervorgetreten war und zudem als ehemaliger SS-Sturmbannführer die „HIAG", die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS", mitbegründet hatte.[152] Schließlich war der Ehrenpräsident des „Verbandes amerikanischer Bürger deutscher Herkunft", Professor Austin J. App, auf dem Podium anwesend[153], ein US-Literaturwissenschaftler und Sohn deutscher Immigranten aus Milwaukee, der als Apologet der NS-Politik und als Holocaustleugner hervorgetreten war.[154] Zwar hielt Kather auch auf der Gründungsversammlung dieser „Aktion Widerstand" keine inhaltlich rechtsradikale Rede, sondern wetterte laut MfS-Mitschrift lediglich – wie üblich – gegen die Regierung Brandt und deren Ostpolitik, doch im Anschluss an die Versammlung war trotz polizeilichen Verbots ein Fackelzug durch die Würzburger Innenstadt unternommen worden, bei dem es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten kam. Dabei hatten Mitglieder der „Aktion Widerstand" Plakate mit dem volksverhetzenden Slogan „Willy Brandt an die Wand" mitgeführt.[155]

Dieses gewalttätige Auftreten erwies sich jedoch als kontraproduktiv. Die DDR-Staatssicherheit erfuhr, dass die „Aktion Widerstand" bereits 1971 durch Vorstandsbeschluss der NPD „praktisch lahmgelegt" worden sei, nachdem sie „die Erwartungen der NPD-Führung nicht erfüllt" habe, die eigentlich „die Aktionsgelüste ihrer jungen Mitglieder" habe „kanalisieren" wollen. Im Januar 1972 notierte Ost-Berlin, dass die AW aufgelöst werden solle.[156] Diesmal war das MfS gut informiert, und auch die Mutmaßung, dass es sich bei der AW um eine Tarnorganisation der NPD gehandelt habe, traf ins Schwarze. Im Juli 1971 hatte von Thadden gegenüber Kather offen erklärt, die „Aktion Widerstand" sei nur deshalb gegründet worden, um als offizieller Mieter für die Würzburger Veranstaltungshalle zu fungieren. Auf der Gründungsveranstaltung sei noch alles „durchaus nach Plan" gelaufen, doch das, „was später folgte, [sei] überflüssig und schädlich" gewesen. Die „negative Entwicklung" habe sich „nach Würzburg" noch verstärkt, als „unter dem zunehmenden Druck von allen Seiten" immer „weitere Aktionen ge-

[151] BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX/11 FV 13/71 Bd. 11, Bl. 32–34, insb. Bl. 33, MfS DDR, „Gewaltakte rechtsextremistischer Kräfte in Westdeutschland und Westberlin", o. D. [Ende 1970].

[152] Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V., Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG), in: Handbuch deutscher Rechtsextremismus, S. 336; hier ist irrtümlich von „Soldaten" statt von „Angehörigen" die Rede.

[153] BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX/11 FV 13/71 Bd. 11, Bl. 32–34, insb. Bl. 33, MfS DDR, „Gewaltakte rechtsextremistischer Kräfte in Westdeutschland und Westberlin", o. D. [Ende 1970].

[154] Atkins, Holocaust Denial as an International Movement, S. 153 f.

[155] BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX/11 FV 13/71 Bd. 11, Bl. 32–34, insb. Bl. 34, „Gewaltakte rechtsextremistischer Kräfte in Westdeutschland und Westberlin", o. D. [1970].

[156] Ebenda, Bl. 131 f., Kurzberichte des MfS zur AW 1971/72.

fordert“ worden seien. Daraus sei „eine völlig unkontrollierbare Angelegenheit“ geworden, welche die NPD zu diskreditieren drohte.[157]

Paradoxerweise war derselbe Linus Kather, der um 1970 die Führung des „Bundes der Vertriebenen“ durch sein NPD-Engagement in Verlegenheit brachte, in den 1950er und frühen 1960er Jahren einer der schärfsten Kritiker NS-belasteter Vertriebenenpolitiker gewesen. Bezeichnend genug für den Geist jener Jahre, leugnete Kather diese Kritiker-Aktivitäten hin und wieder ab und äußerte sich sogar herabsetzend über andere Kritiker. Als die „Sudetendeutsche Zeitung“ gegen Kather 1953 den bereits erwähnten Vorwurf erhob, dieser habe den BHE-Bundesvorsitzenden Waldemar Kraft wegen dessen NS-Vergangenheit quasi öffentlich „denunziert“[158], stellte Kather Strafanzeige gegen den Redakteur und bestritt den Vorwurf dieser Vertriebenenzeitung, er habe in einem Vortrag vor dem CDU-Vertriebenenausschuss „die nationalsozialistische Vergangenheit von Kabinettsmitgliedern berührt“. Lediglich in der Diskussion habe er, nachdem ein Teilnehmer die NS-Vergangenheit nordrhein-westfälischer BHE-Politiker kritisiert habe, den Zwischenruf gemacht, auf Bundesebene sei die CDU aber „nicht so engherzig gewesen“, schließlich sei „unbestrittenermaßen Herr Kraft ehrenhalber Hauptsturmführer der SS gewesen“ und habe „bei der Ostland G.m.b.H. mitgewirkt“. Kather beharrte darauf, begütigend hinzugefügt zu haben, „daß diese Diskussionen unangebracht seien, und daß auch diese meine Erklärung nicht in die Öffentlichkeit gebracht werden dürfe, daß ich die Naziriecherei ablehne“.[159]

Kathers Hinweis auf die abfällig als „Naziriecherei“ bezeichnete Suche nach früheren Nationalsozialisten griff ein Wort Konrad Adenauers auf, das dieser in einer Bundestagsrede vom Oktober 1952 hatte fallen lassen – man solle „jetzt mit der Naziriecherei Schluss machen“.[160] Noch kurz vor seinem Tode kam Kather auf diesen Terminus und die darin zum Ausdruck gebrachte große Toleranz gegenüber früheren NSDAP-Mitgliedern in der frühen Bundesrepublik zurück, als er 1982 sein letztes Buch publizierte. Bei dieser Gelegenheit erklärte „der allzeit schwierige […] Linus Kather“[161], den ersten Teil dieses Buches, der über NS-Sondergerichtsprozesse in Ostpreußen handelte, bereits zwanzig Jahre früher (also um 1960) verfasst, jedoch bewusst lange nicht veröffentlicht zu haben: „Er paßte mir lange Zeit nicht in die politische Landschaft. Ich wollte die große Zahl der angeblichen Naziverfolger nicht noch größer machen. Das war damals[,] als

157 ACDP, I-377-07/6, NPD, v. Thadden, an Dr. Kather, 2. 7. 1971; insofern ist die Wertung zutreffend, dass die „Aktion Widerstand“ 1970 „initiiert“ worden sei, „um den Zerfallsprozeß der NPD durch eine außerparlamentarische Opposition aufzuhalten“, die „alle Fraktionen des nationalen Lagers“ habe sammeln und „auch in nationale bürgerliche Kreise, v. a. in die Vertriebenenverbände“ habe „hineinwirken“ sollen, dass die infolge der AW-Gründung „entstandene rechte Militanz“ den „Zerfallsprozeß“ der NPD jedoch eher noch beschleunigt habe; vgl. Aktion Widerstand, in: Handbuch deutscher Rechtsextremismus, S. 149.

158 ACDP, I-377-16/1, BvD, 1. Vors. Dr. Kather, an SL, Vors. Dr. Lodgman von Auen, 21. 11. 1953.

159 Ebenda, Dr. Kather an Staatsanwaltschaft Bonn, 21. 11. 1953.

160 Frei, Vergangenheitspolitik, S. 86.

161 Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, S. 928.

Konrad Adenauer vor dem Plenum des Bundestages sagte: ‚die Naziriecherei muß endlich einmal aufhören.' Sie hatte damals noch gar nicht begonnen. Es ging wohl um Oberländer und Globke."[162]

Dr. Hans Globke, der langjährige Kanzleramtschef Adenauers, war ein hervorragendes Beispiel für die Integration NS-belasteter Ministerialbeamter in die Führungselite der jungen Bundesrepublik.[163] An diesen engen Adenauer-Mitarbeiter, den er übrigens damals zeitweilig duzte, wandte sich Kather im September 1953, um die Berufung der NS-belasteten BHE-Politiker Kraft und Oberländer in Adenauers zweites Bundeskabinett zu verhindern. Auch diesmal betonte Kather vorweg, „von jeder Naziriecherei frei" zu sein und gegen den überall nach Nazis fahndenden „Faschismus der Antifaschisten schon im Jahre 1946 aufgetreten" zu sein, „als das noch nicht so modern und so billig war wie heute". Dennoch, so Kather 1953 gegenüber Globke, müsse er „darauf hinweisen, daß die in Betracht kommenden Männer des BHE wegen ihrer Belastung aus dem 1000-jährigen Reich nicht in Betracht kommen" dürften. Kraft sei nicht allein „SS-Hauptsturmführer gewesen", sondern auch „beteiligt an der Verwaltung und Verteilung der landwirtschaftlichen Güter, die man den Polen geraubt hatte". Oberländer wiederum sei „in ernsthafter Konkurrenz gewesen" mit dem von Hitler letztlich bevorzugten Alfred Rosenberg „für die Aufgabe, den Osten zu ‚betreuen'". Seines Erachtens, so Kather als damals noch führender Vertriebenenpolitiker der CDU, sei es „völlig unmöglich, diese Männer zu Repräsentanten der Vertriebenen und unseres Heimatanspruches zu machen".[164] Dass Kather mit dieser Intervention auch seinen eigenen Anspruch auf das Bundesvertriebenenministerium – welches dann der Ex-Nationalsozialist Oberländer erhielt – zu verteidigen suchte, ist zwar zu beachten, schmälert die inhaltliche Berechtigung der Einwände jedoch nicht.

Kather hat folglich auf die NS-Vergangenheit bundesrepublikanischer Spitzenpolitiker bezogene Einwände nicht erst in den sechziger Jahren erhoben.[165] Er gehörte schon zu Beginn der 1950er Jahre zu jenen christlich geprägten Vertriebenenpolitikern der CDU, die sich nicht von früheren Nazis repräsentieren lassen wollten.[166] Mit dieser Grundhaltung wurde er während der Adenauer-Ära und ihres „Naziriecherei"-Tabus auch im Kreise des ersten BdV-Präsidiums zu einem der wenigen und einem der frühesten Vertreter einer NS-kritischen Diskussion.

Entgegen seinem fortwährenden Lippenbekenntnis, er sei jeder „Naziriecherei" abhold und habe keinesfalls den BHE-Vorsitzenden Kraft wegen dessen NS-Vergangenheit „denunziert"[167], kümmerte sich Kather eingehend um die NS-Vergan-

[162] Kather, Von Rechts wegen?, S. 5.
[163] Vgl. Bevers, Der Mann hinter Adenauer; Lommatzsch, Hans Globke.
[164] ACDP, I-377-05/2, Dr. Kather an Bundeskanzleramt, Dr. Globke, 17. 9. 19[53]; vgl. auch Dublette in ACDP, I-377-04/2, Dr. Kather an Dr. Globke, 17. 9. 1953.
[165] So jedoch Fischer, Heimat-Politiker?, S. 127.
[166] Ebenda, S. 136f.
[167] Dies versicherte Kather Ende 1953 auf dessen Anfrage auch einem BHE-Bundestagsabgeordneten; vgl. ACDP, I-377-05/2, Hassler MdB an Dr. Kather MdB, 12. 11. 1953, und Dr. Kather an H. Hassler, 16. 11. 1953.

genheit der von ihm abgelehnten BHE-Spitzenpolitiker. 1955 zeigte Kather großes Interesse an einem in der „Bonner Korrespondenz" erscheinenden polemischen Artikel zum Thema „Oberländer und die Juden". Dieser glossierte ein Glückwunschschreiben des Bundesvertriebenenministers an die Juden in Deutschland, in dem sich der ehemalige SA-Hauptsturmführer von der „unmenschlichen Schmach" distanzierte, die den Juden „in einer zutiefst undeutschen zwölfjährigen Ära der Unduldsamkeit und der Verfolgung angetan" worden sei. Dabei, so der Artikel, habe derselbe Oberländer noch 1954 die Ehrenmitgliedschaft der „Emigrantenorganisation der ungarischen Pfeilkreuzler" angenommen und „einen Sympathieartikel für diese faschistische antijüdische Organisation" geliefert. Im Frühjahr 1940 habe Oberländer außerdem in der NS-Zeitschrift „Neues Bauerntum" noch von der dringend notwendigen „Reinerhaltung der Rasse" und von der „Eindeutschung der Ostgebiete" schwadroniert und in diesem Zusammenhang gefordert, dass „Millionen fremden Volkstums durch Millionen eigenen Volkstums ersetzt" werden müssten. Derselbe Mann beschwöre fünfzehn Jahre später eine „Schicksalsgemeinschaft" zwischen Deutschen und Juden. „Da bleibt einem nur zu sagen: Pfui Teufel!"[168] Dieser Artikel findet sich sowohl im privaten Nachlass Kathers als auch in der Hinterlassenschaft seiner BvD-Präsidialakten. Aus Letzteren geht hervor, dass sich Kather den angesprochenen NS-Artikel Oberländers aus dem Jahre 1940 im Original besorgte[169], um denselben bei nächster Gelegenheit gegen Oberländer ins Feld zu führen.[170] Als 1959 seitens des kommunistischen Ostblocks massive Anschuldigungen wegen NS-Kriegsverbrechen gegen Oberländer erhoben wurden[171], wies Kather dessen an ihn gerichteten Vorwurf zurück, er habe den letzten „Tag der Heimat" zu „persönlichen Angriffen" auf Oberländer genutzt und sogar eine „öffentliche Untersuchung verlangt".[172] Doch während sich der damalige BdV-Präsident Hans Krüger öffentlich hinter den NS-belasteten Vertriebenenminister stellte und namens des Vertriebenenverbandes erklärte, „daß der ‚Fall Oberländer' auf diffamierende bolschewistische Propaganda zurückzuführen sei" und dieser „Angriff auf Oberländer" als „ein Angriff auf das von den Vertriebenen vertretene, die Freiheit und die Heimat des Westens schützende Grundrecht" verstanden werden müsse[173], war Kather während des Oberländer-Skandals offenbar bereits derselben Meinung, die er lange nach dem 1960 erfolgten Rücktritt des Ministers im Jahre 1965 veröffentlichte. Damals hielt es Kather für ein „politisches Verbrechen erster Ordnung", dass Adenauer „einem Mann mit der nationalsozialistischen Vergangenheit eines

168 ACDP, I-377-05/2, „Oberländer und die Juden", in: Bonner Korrespondenz Nr. 205 v. 19. 9. 1955.
169 BAK, B 234/1123, „Oberländer und die Juden" , in: Bonner Korrespondenz v. 19. 9. 1955, und Hannoversche Siedlungsgesellschaft an Dr. Kather, 17. 1. 1956, zur Übermittlung der Zeitschrift „Neues Bauerntum" von 1940.
170 ACDP, I-377-05/2, Dr. Kather an Frankfurter Neue Presse, Dr. Becker, 29. 12. 1956, S. 4.
171 Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, S. 99.
172 ACDP, I-377-05/2, Dr. Kather an Bundesminister Prof. Dr. Dr. Oberländer, 8. 10. 1959.
173 Ebenda, unbezeichnete und undatierte Zeitungsmeldung „Vertriebene hinter Oberländer".

Oberländer" je das Vertriebenenressort überantwortet habe. Denn da dieser Minister „der erste Repräsentant gegen das Unrecht der Vertreibung sein" müsse, dürfe ihm keinesfalls nachgesagt werden können, „daß er jemals bereit war, die Vertreibung anderer hinzunehmen oder gar zu propagieren". Die früheren Bundesminister Kraft und Krüger – und mit Letzterem folglich den früheren Präsidenten des BdV, der 1963 Bundesvertriebenenminister geworden war und der 1964 ebenfalls wegen schwerer NS-Vorwürfe aus dem Ostblock hatte zurücktreten müssen – schloss Kather in diese Kritik ausdrücklich mit ein.[174]

Bei alledem sah sich Kather zuweilen selbst mit NS-relevanten Vorwürfen konfrontiert. Nicht in Bezug auf seine eigene Vergangenheit, sehr wohl aber durch die von Bundeskanzler Adenauer 1952 gegen seine Ministerambitionen genutzte Insinuation, er umgebe sich als Chef des Vertriebenenverbandes BvD „mit früheren Nationalsozialisten, die besonders hervorgetreten seien".[175] Daran war so viel richtig, dass Kather einige frühere Nationalsozialisten als politische Bündnispartner akzeptierte und im Unterschied zu Kraft, Oberländer oder Krüger vehement gegen öffentliche Verurteilungen verteidigte. So wandte sich der streitbare Kather 1956 in einem Schreiben an die „Spiegel"-Redaktion, um seinen damaligen BHE-Fraktionskollegen Hans Egon Engell, einen früheren NSDAP-Ministerpräsidenten von Mecklenburg und SS-Oberführer[176], in Schutz zu nehmen. Der „Spiegel" hatte kritisiert, dass Engell im Bundestagshandbuch seine NS-Vergangenheit völlig verschwiegen und trotz derselben an Bundestagsberatungen über „neonazistische Strömungen in der Bundesrepublik" teilzunehmen gewagt habe, was deutlich zeige, wie schwer es für die junge Bonner Demokratie sei, „ehemalige Nationalsozialisten aus der Führung der Bundesrepublik auszuschalten". Kather verteidigte den ehemaligen mecklenburgischen NSDAP-Regierungschef der Jahre 1933/34 mit der Bemerkung, man solle nicht jene angreifen, die zwar vor 1933 überzeugte Nazis gewesen seien, sich aber nach 1933 ebenso rasch vom NS-Regime wieder abgewandt hätten – wie eben Engell. Viel kritikwürdiger seien die „ewigen Opportunisten", die stets den jeweiligen Machthabern hinterhergelaufen seien; da gebe es für den „Spiegel" überaus „dankbare Objekte". Er habe jedenfalls seinen „Freund" Engell „als einen aufrechten Demokraten und freiheitsliebenden Mann" schätzen gelernt.[177]

[174] Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 2, S. 13, und Bd. 1, S. 245; vgl. auch Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, S. 23.

[175] ACDP, I-377-04/3, Bundeskanzler Dr. Adenauer an Dr. Kather, 27. 7. 1952.

[176] Hans Egon Engell, 1897–1974, Gutsbesitzer, 1931 NSDAP, 1933 SS, deren Gründer in Mecklenburg er war, 1932–1934 MdL Mecklenburg-Schwerin, Juni–Aug. 1933 Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Schwerin, Aug.–Dez. 1933 Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, Jan.–Okt. 1934 Ministerpräsident sowie Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Landwirtschaft und Unterricht im vom NS-Regime vereinigten Land Mecklenburg, nach Machtkampf mit Reichsstatthalter und NS-Gauleiter Friedrich Hildebrandt im Oktober 1934 abgesetzt, Rückzug aus der Politik; 1939 aus der SS „wegen Interesselosigkeit" entlassen, 1941 als SS-Hauptsturmführer reaktiviert für Kriegseinsatz in der SS-Polizeidivision; vgl. BA/BDC, Akten in MF, SSO, PK; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin (MLHA-S), 5.12-3/1 Nr. 442/1.

[177] BAK, B 234/1123, Dr. Kather an SPIEGEL-Redaktion, 23. 2. 1956.

Gleichzeitig verurteilte Kather scharf die im BHE zuweilen zutage tretende Anknüpfung an NS-Rituale. So kritisierte Kather 1954 nichtöffentlich in einem Schreiben an einen BHE-Spitzenpolitiker den Ablauf einer Berliner BHE-Kundgebung, an der er als Redner teilgenommen hatte. Schon der Einmarsch unter Marschmusik sei ihm „zuwider" gewesen; erst recht galt dies für „die nazistischen und nationalistischen Töne" der „unbekümmert[en]" Rede des Berliner BHE-Landesvorsitzenden Staatsminister a. D. Hans Sivkovich[178], der die Zerstörung Dresdens zur Grundlage einer „Gegenrechnung" gegenüber den Westmächten gemacht habe – was in Kathers Augen „unangebracht" und „töricht" war. Sivkovich habe außerdem über „Völkerbrei" in Europa schwadroniert, ein „Bekenntnis zum deutschen Soldatentum" abgelegt und zum Schluss auch noch den „Hitlergruß" angedeutet. Auch dem niedersächsischen BHE-Minister Hermann Ahrens[179], einem früheren NS-Funktionär, warf Kather „Fehler derselben Art" vor, denn Ahrens habe in seiner Rede behauptet, „daß die ehem.[aligen] Parteigenossen [der NSDAP] an sich froh gewesen" seien, „sich nach 1945 aus der Verantwortung zurückzuziehen, daß sie aber hätten wiederkommen müssen, weil die anderen [i. e. die Nicht-Nationalsozialisten] sich als unfähig erwiesen hätten". Besonders negativ reagierte Kather auf die von Ahrens geäußerte Verunglimpfung der „Entnazifizierung als ‚zweite Christenverfolgung'".[180] Er hatte in Ostpreußen nationalsozialistische Christenverfolgungen miterlebt und sich dabei als Rechtsanwalt gegen das NS-Regime gestellt.

Einige Zeit nach Kathers Tod formulierte der Vertriebenenfunktionär Herbert Hupka, der selbst in den siebziger Jahren – wegen der Bonner neuen Ostpolitik – von der SPD zur CDU übergewechselt war, eine Skizze des früheren Weggenossen: „Kather, einst Zentrumsabgeordneter im Königsberger Stadtparlament, hatte nach 1945 bei der CDU seine politische Heimat gefunden, war aber dann als der ständig Unzufriedene, als der Ehrgeizige, der sein Ziel, Minister zu werden, nicht erreicht hat, zum BHE abgeschwenkt und schließlich zu den Rechtsradikalen. Man könnte ihn einen leidenschaftlichen Anwalt der Vertriebenen nennen, aber nicht frei von allzu stark ausgeprägtem Geltungsbedürfnis, so daß er rücksichtslos, auch gegen sich selbst, sein parteipolitisches Forum gewechselt hat."[181] Das war zweifellos in vielem treffend. Und dennoch war Kather bei aller Egozentrik und brillanten Einseitigkeit auch einer der frühesten Kritiker des allzu unbefangenen Umgangs mit der NS-Belastung zahlreicher Spitzenpolitiker der jungen Bundesrepublik. Auch mit der Bereitschaft zu solcher Kritik wurde Kather zum

[178] Hans Sivkovich, 1881–1968, Lehrer, 1912–1918 MdR FVP, 1919–1920 MdNV DDP, 1920–24 MdR DDP, 1918–1920 Kultusminister Mecklenburg-Schwerin.

[179] Hermann Ahrens, 1902–1975, SPD, 1931 NSDAP, 1933–1936 NSDAP-Kreisleiter von Goslar, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, 1950 Mitbegründer des GB/BHE, 1955–1961 Landesvorsitzender GB/BHE Niedersachsen, 1962–1975 Landes- und Bundesvorsitzender der GDP, 1951–1963 MdL Niedersachsen, 1951–1957 Minister für Wirtschaft und Verkehr Niedersachsen, 1959–1963 Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister Niedersachsen.

[180] BAK, B 234/1306, Dr. Kather an BG/BHE, v. Kessel, 22. 7. 1954.

[181] Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 186.

Außenseiter – nicht zuletzt im BdV. Wenn er die allzu glatten Minister-Karrieren NS-belasteter Vertriebenenpolitiker wie Theodor Oberländer, Waldemar Kraft oder Hans Krüger attackierte, „traf er durchaus einen wunden Punkt bei einer Gruppe von Vertriebenenpolitikern".[182]

4. BdV und NS-Vergangenheit: Der öffentliche Skandal um Bundesvertriebenenminister und BdV-Präsident Hans Krüger 1963/64

Nach jahrelangem Hin und Her war im Oktober 1957 der „Bund der Vertriebenen" gegründet worden. Dies geschah bis auf weiteres provisorisch, indem der neue BdV zunächst ohne reguläre Organe blieb und einstweilen von den Präsidenten der rivalisierenden Teilverbände BvD und ZdL, Kather und Baron Manteuffel-Szoege, geleitet wurde. Erst am 14. Dezember 1958 gelang es, den BdV endgültig zu konstituieren und ein ordentliches dreizehnköpfiges Präsidium zu installieren, das mit dem bisherigen BvD-Funktionär und CDU-Bundestagsabgeordneten Hans Krüger seinen ersten gewählten Vorsitzenden erhielt.[183] Krüger, als BdV-Präsident zwar nicht unumstritten, aber mehrfach wiedergewählt, erreichte im Oktober 1963 mit der Berufung zum Bundesvertriebenenminister im ersten Kabinett des CDU-Bundeskanzlers Ludwig Erhard den Gipfel seiner politischen Karriere. Doch nur wenige Monate später sah sich der frischgebackene Minister durch schwere Vorwürfe aus Polen und der DDR wegen seiner NS-Vergangenheit zum Rücktritt gezwungen. Nach dem spektakulären Sturz Krügers, der im März 1964 auch als BdV-Präsident aus dem Amt schied, konstatierte der (freilich keineswegs unparteiische) Zeitzeuge Linus Kather, man habe lange über Krüger geurteilt, er sei zwar „schwach, aber ehrenhaft und anständig"; dass selbst Letzteres nicht richtig gewesen sei, habe man durch den Skandal um die NS-Vergangenheit Krügers 1963/64 lernen müssen.[184]

Der selbstbewusste Kather hielt Krüger stets für eine mittelmäßige Figur, die jedoch gerade wegen dieser Harmlosigkeit von den Führern der Landsmannschaften zum BdV-Präsidenten gemacht worden sei.[185] Tatsächlich war Krüger nicht der Mann, es dem einstigen Volkstribun Kather gleichzutun, der Anfang der 1950er Jahre eine Massenkundgebung von 50 000 Menschen in Bonn zusammengetrommelt hatte, um mit der anzüglichen Parole „Kather befiehl, wir folgen!" die Regierung Adenauer in der umstrittenen Frage des Lastenausgleichs unter Druck zu setzen.[186] Kather lag richtig mit seiner Vermutung, dass auch die Führer der

[182] Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, S. 24.
[183] Fischer, Heimat-Politiker?, S. 75.
[184] Ebenda, S. 214f.
[185] Ebenda.
[186] LABW-GLAK, N Bartunek/19, Zeitungsartikel „Kather befiel, wir folgen dir!" o. D. [1951]; an die NS-ähnliche Führerparole erinnerte der „Spiegel" später: „Als die parlamentarischen Beratungen über das Lastenausgleichsgesetz begannen, machte Kather als Vorsitzender des

Landsmannschaften den ersten BdV-Präsidenten als unbedeutend betrachteten. Baron Manteuffel-Szoege äußerte 1959 abfällig gegenüber Axel de Vries, Krüger sei nicht viel mehr als das „Lächeln des Landes".[187] Auch der spätere BdV-Präsident Herbert Czaja hielt nicht viel von seinem Vorgänger und bemerkte, Krüger sei nur deshalb 1963 Bundesvertriebenenminister geworden, weil der ursprünglich dafür vorgesehene Rainer Barzel lieber den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion übernommen habe. Czaja meinte wenig schmeichelhaft, „der recht ruhige Hans Krüger" sei jemand gewesen, „der sich bei der ersten Belastung sofort beugte und sich still anzupassen gewohnt war", weshalb „von ihm […] große Konzeptionen kaum zu erwarten" gewesen seien.[188] Auch die Forschung ist dieser abschätzigen Wertung gefolgt und vermutet, der Umstand, dass Krüger BdV-intern „als zu weich und kompromissbereit" gegolten habe, könnte ihn 1963 für das Ministeramt „im Hinblick auf den oft beschworenen Kabinettsfrieden durchaus interessant" gemacht haben.[189]

Man vermutet, dass Krüger schon 1960 für die Nachfolge des zurückgetretenen Vertriebenenministers Oberländer gehandelt worden sein soll, damals jedoch am Widerstand der Landsmannschaften und ihres Exponenten Manteuffel in der Unionsfraktion noch gescheitert sei.[190] Die Krüger zuerkannte Ministerfähigkeit deutet darauf hin, dass vor November 1963 Krügers NS-Biographie in den Bonner Regierungsspitzen als relativ unspektakulär eingeschätzt wurde. Denn bereits der Sturz Oberländers signalisierte eine wichtige Trendwende in der Vergangenheitspolitik des westlichen deutschen Staates. Wolfgang Fischer betont, wenn in den 1950er Jahren die NS-Vergangenheit „einiger vertriebener Abgeordneter" noch nicht kritisch diskutiert worden sei, habe sich dies um 1960 deutlich geändert – teils durch internen Bewusstseinswandel, zu dem der Ulmer Einsatzgruppenprozess von 1958 maßgeblich beigetragen habe, teils durch die Einwirkung der DDR-Propaganda, die im „Fall Oberländer" einen Bonner Minister erfolgreich zum Rücktritt genötigt habe.[191]

Krügers Ministerernennung von 1963 erfolgte noch im Kontext des NS-bezogenen Oberländer-Skandals, denn die westdeutschen Medien stilisierten den neuen Ressortchef ausdrücklich als unbelastet. Selbst ein Insider wie Kather, der Krüger schon 1958 „eindeutig als Opportunist" betrachtet haben will, weil ihm damals schon bekannt gewesen sei, dass Krüger in der NS-Zeit aus der evangelischen Kirche ausgetreten war, um nach 1945 wieder einzutreten und sogar die Funktion eines Presbyters zu übernehmen, wusste nach eigenem Bekunden nur,

‚Bundes vertriebener Deutscher' auf dem Bonner Marktplatz Druck von außen. Dort hatten sich 50 000 Anhänger versammelt. Transparente mit Aufschriften wie ‚Kather befiehl, wir folgen' sollten seine Position zusätzlich stärken." Vgl. „Gestorben: Linus Kather", in: Spiegel Nr. 12/1983 v. 21. 03. 1983.

187 BAK, N 1412/17, Baron Manteuffel-Szoege MdB an de Vries, 10. 6. 1959, S. 3.

188 Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 274.

189 Fischer, Heimat-Politiker?, S. 122.

190 Ebenda.

191 Ebenda, S. 126.

dass Krüger „in Konitz Richter gewesen war", hatte „dem jedoch keine Bedeutung beigemessen". Kather erklärte 1965, erst durch den von der DDR angestoßenen NS-Skandal habe die westdeutsche Öffentlichkeit erfahren, dass Krüger „gelegentlich beim Sondergericht mitgewirkt hat, daß er Ortsgruppenleiter war und daß er als Richter seiner Behörde […] die falsche Angabe gemacht hat, er habe am Novembermarsch 1923 teilgenommen", was den Straftatbestand des Betruges erfüllt habe. Kather urteilte scharf: „Welch ein Maß an Verantwortungslosigkeit gehört dazu, mit dieser Belastung sich zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen wählen und dann auch noch zum Bundesvertriebenenminister ernennen zu lassen. Der Ortsgruppenleiter mag auf ihn zugekommen sein, wie er behauptet, auf die beiden anderen Positionen hat er zäh und zielbewußt hingearbeitet."[192] Für Kather war Krüger vielleicht kein NS-Verbrecher mit blutigen Händen, wie die DDR-Propaganda behauptete, aber auf jeden Fall ein opportunistischer NS-Karrierist.

Vor dem Skandal des Jahres 1964 lag der Aufstieg des langjährigen, aber weithin unbekannten BdV-Präsidenten zum Mitglied der Bundesregierung im Oktober 1963. Damals musste Krüger – wie nicht nur die von Kather hämisch angeführte Bildverwechslung in der „Süddeutschen Zeitung" zeigte, die statt eines Fotos von Krüger das von Erich Schellhaus gedruckt haben soll[193] – einer breiten Öffentlichkeit erst noch vorgestellt werden. Zu diesem Anlass hatte Krüger freilich eine ausgesprochen gute Presse. Die „Neue Rheinzeitung" begrüßte den neuen Minister als „Mann des Ausgleichs", als „ruhigen, zu keiner Art von Radikalismus neigenden Mann".[194] FAZ-Korrespondent Walter Henkels beschrieb Krüger als Gegenteil der früher auf Krawall gebürsteten Vertriebenenführung – eine Spitze, die zweifellos gegen Kather ging. Die FAZ lobte Krüger, indem sie Äußerungen eines NS-Weggefährten zitierte: „Er hat sich noch nie überreizt, sagt ein alter Freund aus Konitz, einst Bürgermeister dieser Stadt, heute höherer Beamter in einem Bonner Ministerium."[195] Nach den Enthüllungen der DDR über Krügers NS-Vergangenheit kommentierte der von der FAZ attackierte Kather die eklatante Fehleinschätzung des Blattes: „Mir ist kein Fall bekannt, in dem in der Politik sich jemand so überreizt hat wie Krüger. Mir ist auch kein Fall bekannt, in dem ein Journalist sich in wenigen Sätzen so gründlich blamiert hat wie hier Walter Henkels."[196]

192 Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 216.

193 Ebenda, S. 215f.

194 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX Nr. 22926, Bl. 234, „Das NRZ-Porträt: Hans Krüger. Mann des Ausgleichs", in: Neue Rheinzeitung v. 18. 10. 1963.

195 Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 216f.; vermutlich handelte es sich beim Gewährsmann des FAZ-Korrespondenten um Artur Leuenberg, der in der 1968er zweiten Auflage des DDR-Braunbuchs erwähnt wurde: „Vor 1945: Bis 1943 Reichsministerium des Innern, Abteilung V – Einsatz von Beamten in den okkupierten Gebieten; ab 1943 Bürgermeister in Konitz (Chojnice)/ČSR. Nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter des Referates IV B 3; Ministerialrat". Vgl. Braunbuch 1968, S. 374; dabei wurde Chojnice fälschlich der Tschechoslowakei statt den deutsch annektierten Westgebieten Polens (Westpreußen) zugeordnet.

196 Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 216f.

Noch eklatanter daneben lag jedoch mit ihrer Laudatio auf Krüger die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit". Dort hatte Dietrich Strothmann am 22. November 1963 den „neue[n] Mann im Vertriebenenministerium" wohlwollend als „bedachtsame[n], geduldige[n] Flüchtlingspolitiker" beschrieben, der häufig auf „die Radikalen" in seinem Verband mäßigend eingewirkt habe und dafür in Kauf nehmen müsse, dass „er zuweilen von seinen eigenen Leuten als ‚Weichling' und ‚Kompromißler' verächtlich gemacht" werde. In den Passagen über Krügers NS-Vergangenheit verließ sich Strothmann offenbar auf Selbstauskünfte des frischgebackenen Ministers: „Der heute 61jährige […] begann als Sohn eines Schulmannes mit dem Studium der Rechte, stieg zum Landgerichtsrat und Oberamtsrichter auf. Er wurde als Gefreiter der Marineartillerie verwundet und eröffnete nach dem Kriege im sauerländischen Olpe eine Anwaltspraxis." Strothmann referierte Krügers Nachkriegs-Karriere und stellte treffend fest: „Dann ging es unaufhaltsam nach oben". Dabei wagte der „Zeit"-Journalist eine Prognose, die Krügers raschen Absturz einleiten sollte, als er mit Blick auf die erfolgreiche SED-Kampagne gegen Krügers Vorgänger Oberländer allzu selbstsicher konstatierte: „Im Falle Krüger mangelt es den propagandistischen Scharfschützen im Osten an Störfeuermunition. So gern sie vom ‚Revanchisten-Ministerium' sprechen, so wenig können sie dem neuen Hausherren am Zeuge flicken. Hans Krüger […] hat nicht einmal eine ‚Vergangenheit', die angeprangert werden könnte."[197]

Am 6. Dezember 1963 hielt in Ost-Berlin Albert Norden, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, eine Pressekonferenz vor internationalen Medienvertretern ab, in der er Strothmanns „Zeit"-Artikel ausdrücklich aufgriff: „Vor zwei Wochen sang eine bekannte bürgerliche Hamburger Wochenzeitung Loblieder auf einen Minister der Erhard-Regierung und schrieb: ‚Er hat nicht einmal eine Vergangenheit, die angeprangert werden könnte. In seinem Fall mangelt es den propagandistischen Scharfschützen im Osten an Störfeuermunition.'" Dabei sei gerade jener „Mann, dessen blütenweiße politische Unschuld die Hamburger ‚Zeit' bescheinigte, vermutlich weil sie durch falsche Personalangaben des Schuldigen irregeführt wurde", außerordentlich NS-belastet. Norden erklärte: „In der Bonner Regierung sitzt ein aktiver Teilnehmer des Hitlerputsches vom November 1923 […]. In der Bonner Regierung sitzt ein fanatischer Funktionär der Nazipartei […], der nach dem Überfall auf Polen Ortsgruppenleiter der NSDAP im okkupierten Chojnice wurde, die Nazis nannten es Konitz. In der Bonner Regierung sitzt einer der berüchtigten Sonderrichter Hitlers, die nur aus dem Kaderbestand der ‚absolut zuverlässigen', das heißt der schlimmsten faschistischen Juristen genommen wurden und die bekanntlich für das geringste Vergehen hohe Zuchthaus- und Todesstrafen verhängten." Bundesvertriebenenminister Krüger habe diese belastenden Fakten bewusst verschwiegen. Die DDR verfüge jedoch über seine NS-Personalakte und stelle jedermann frei, „sich mit den Tatsachen bekannt

[197] Strothmann, „Sein Prinzip: Besonnenheit", in: Zeit Nr. 47 v. 22. 11. 1963; zitiert nach: http://www.zeit.de/1963/47/sein-prinzip-besonnenheit (26. 1. 2011).

zu machen, die den Stab über den Politiker Krüger brechen". Krüger als Bonner Minister sei zweifellos „eine nationale Schande".[198]

Der „fatale Nachgeschmack" des Falles Oberländer wurde durch den neuen NS-Skandal um Krüger verstärkt.[199] Beide Vertriebenenminister stürzten über Vorwürfe erheblicher NS-Belastung, wobei die Anschuldigung, „beide" hätten als Nazis der ersten Stunde bereits „1923 am Hitlerputsch in München teilgenommen"[200], noch zu den geringfügigeren zählte – zumal Krüger seine Putschteilnahme, im Unterschied zu Oberländer, während der NS-Zeit lediglich vorgetäuscht hatte. Die DDR-Vorwürfe gingen jedoch viel weiter und reichten bei Oberländer bis zum Vorwurf des Massenmords, bei Krüger immerhin bis zur Beihilfe zu Massenerschießungen und zur Mitwirkung an Todesurteilen eines Sondergerichts. Man kann diese spezifische DDR-Form der NS-„Aufklärung" diverser Einseitigkeiten zeihen.[201] Doch trotz der unzweifelhaften politisch-propagandistischen Hauptfunktion der DDR-Ermittlungen, die die Bundesrepublik in eine angeblich ungebrochene NS-Kontinuität rücken und dadurch diffamieren sollten, ließen sich die durch „Nordens Kampagne" zutage geförderten Dokumente „nicht einfach als kommunistische Propaganda ignorieren, denn die vorgelegten Fakten stimmten in der Regel, das präsentierte Archivmaterial war echt".[202] Auch wenn man nicht so weit gehen möchte wie der Historiker Eckart Conze, der die von den DDR-Organen „präsentierten Fakten" grundsätzlich als zutreffend bewertet[203], muss man den von Ost-Berlin erhobenen NS-Vorwürfen einen hohen Grad an Treffsicherheit attestieren. Zugleich aber muss man sehen, dass die typische Vorgehensweise der SED-Propaganda darin bestand, gesicherte Fakten mit unbelegten Behauptungen und frei erfundenen Vorwürfen zu mischen, um die propagandistische Durchschlagskraft der Angriffe zu erhöhen.

Nimmt man das 1965 veröffentlichte „Braunbuch" über NS-belastete Politiker, Regierungs- und Verbandsfunktionäre der Bundesrepublik, so waren „die von der DDR im ‚Braunbuch' vorgebrachten Sachverhalte gegen die 109 bundesdeutschen Funktionäre der Vertriebenenverbände […] im Kern zutreffend, wenngleich das MfS Fakten und Zusammenhänge auch pauschalierte bzw. übertrieb und auch vor Fälschungen nicht zurückschreckte". Der Historikerin Heike Amos zufolge war das „eigentliche Kapital" der DDR-Propaganda die Tatsache, „daß die Eliten in der Bundesrepublik und auch die Funktionäre der Vertriebenenverbände viele Jahre lang nicht sehen wollten, welche ungeheure politische Hypothek sie mit sich trugen". Auf diese Weise wurde das „Braunbuch" ein großer Propagandaerfolg für

198 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 10601, Bl. 84 ff., insb. Bl. 87 f., Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands, „Rede von Prof. Albert Norden, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und des Präsidiums des Nationalrates, auf der Pressekonferenz am 6. Dezember 1963 in Berlin", o. D.

199 Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 16.

200 Hahn / Hahn, Die Vertreibung im deutschen Erinnern, S. 650.

201 Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 124.

202 Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 251.

203 Ebenda, S. 222.

das SED-Regime und erschien 1968 bereits in dritter Auflage. Über 300 NS-Belastete sollen infolge dieser Publikation in der Bundesrepublik ihre Ämter haben niederlegen müssen. Bei alledem waren die Angaben des „Braunbuchs" juristisch eher von zweifelhaftem Wert, denn die DDR-Publikation lieferte eher Nachweise über frühere politische Ausrichtungen oder Funktionen, aber oft „keinen Nachweis individuell strafrechtlich relevanter Schuld".[204]

Allerdings ging es in jenem „Wechselspiel von Skandal und Tabu", das Eckart Conze „zum hervorstechenden Signum der westdeutschen Erinnerungskultur der 1950er Jahre" geworden sieht, keiner Konfliktpartei primär um Wahrheit. Nicht nur die DDR betrieb ideologisierte Propaganda, auch Teile der bundesrepublikanischen Politik und Gesellschaft nutzten zur Zurückweisung der aus der DDR kommenden NS-Vorwürfe eine plumpe antikommunistische Immunisierungsstrategie. Conze weist darauf hin, dass es vielen NS-Belasteten in der Bundesrepublik genutzt habe, dass die gegen sie erhobenen Vorwürfe von der kommunistischen Diktatur in Ost-Berlin stammten, denn „im antikommunistischen Klima des Kalten Krieges und vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz" habe diese Herkunft eine diskreditierende Wirkung entfaltet.[205] Jedoch waren der Rücktritt Oberländers und die jahrelange Diskussion um die NS-Vergangenheit von Regierungsmitgliedern oder Spitzenbeamten „deutliche Hinweise auf eine Veränderung der politischen Kultur und des gesellschaftlichen Klimas". Immer häufiger wurde die personelle Kontinuität der Führungseliten der Bundesrepublik und des NS-Staates kritisch diskutiert, und immer öfter waren „NS-belastete Angehörige in der politischen Spitze der Republik […] nicht mehr zu halten".[206] Die „Süddeutsche Zeitung" kommentierte denn auch den „Fall Krüger" im Januar 1964 ambivalent: Einerseits wurde kritisiert, dass nach Adenauers Oberländer-Skandal nun auch dem neuen Bundeskanzler Erhard das „Mißgeschick" passiert sei, „in dieses Ministeramt wieder einen Mann ‚mit Vergangenheit' zu berufen". Andererseits wurde gesehen, dass es diesmal nicht Jahre, sondern nur Monate gedauert habe, bevor diese NS-Vergangenheit thematisiert worden sei und mit Krügers Beurlaubung als Minister auch eine rasche Konsequenz gefunden habe. Dies wurde als „erfreuliche Wandlung im Bonner Stil" anerkannt. Gleichwohl hielt es die SZ für nur „schwer verständlich, weshalb es nicht möglich sein sollte, rechtzeitig vor der Berufung in höchste Staatsämter festzustellen, ob der Kandidat politisch eine reine Weste besitzt, statt der Propaganda des Ostens nur immer neues Material zu liefern". Der Fall Krüger sei „kein Schmuckstück für einen demokratischen Staat".[207]

Bereits für die Kampagne gegen Oberländer 1959/60 war das SED-Politbüromitglied Albert Norden federführend gewesen – der für Agitation und Propagan-

[204] Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 191–193.
[205] Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 221 f.
[206] Ebenda, S. 258.
[207] BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX Nr. 22926, Bl. 147, Thi., „Der Fall Krüger", in: SZ v. 23. 1. 1964.

da zuständige Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED, der in Abstimmung mit Parteichef Walter Ulbricht und der Westabteilung des ZK die „einzelnen Kampagnen" vorbereitete und durchführte. Im Endeffekt war an fast jeder öffentlichen Skandalisierung der NS-Vergangenheit bundesrepublikanischer Politiker in den 1960er Jahren die DDR aktiv beteiligt. Der Rücktritt Oberländers beflügelte diese Aktivitäten. Norden erklärte 1960 dem Minister für Staatssicherheit Erich Mielke: „Nachdem die Suche nach den Oberländer-Akten so außerordentlich erfolgreich gewesen" sei, müsse man sich „anderen Persönlichkeiten der Bundesregierung zuwenden" und eine „systematische Nachforschung" in Ministerien und Archiven einleiten. Nachdem schon gegen Oberländer ein DDR-Schauprozess in Abwesenheit des Angeklagten geführt worden war, wurde auf dem Höhepunkt dieser umfassenderen DDR-Kampagne ebenfalls ein Ost-Berliner Prozess in Absentia gegen Adenauers Kanzleramtschef Hans Globke geführt. Dieser wurde im Juli 1963 „in einer Art zweitem Eichmann-Prozeß", der freilich den Propagandazielen des SED-Regimes untergeordnet war und keine rechtsstaatliche Verfahrensweise befolgte, wegen Mitwirkung an der antisemitischen Gesetzgebung des NS-Regimes zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.[208] Auch gegen den Bonner Vertriebenenminister Krüger hätte die DDR 1963/64 einen Schauprozess führen können; in diesem Falle jedoch entschied die SED-Führung, völlig anders vorzugehen und den Ball für die Strafverfolgung der bundesrepublikanischen Justiz zuzuspielen.

Insofern war der 1963/64 inszenierte Krüger-Skandal nur ein Teilschauplatz einer viel breiter angelegten Kampagne, die 1965 in die massenhaften NS-Vorwürfe des DDR-„Braunbuchs" mündete. Der Unterschied zwischen den Minister-Skandalen um Oberländer und Krüger bestand nicht nur in der unterschiedlichen Wertigkeit für die DDR, für die der Oberländer-Sturz ein Durchbruch, der Sturz Krügers hingegen nur noch ein weiterer Etappenerfolg war. Eine weitere Differenz bestand in der Dauer beider Skandale und in der daran ablesbaren Veränderung der westdeutschen Politik: Hatte sich Oberländer weit über ein Jahr gegen die DDR-Vorwürfe zur Wehr setzen und sein Ministeramt behaupten können, brach Krügers Verteidigungslinie bereits binnen weniger Wochen zusammen und beraubte ihn schlagartig seines politischen Rückhalts in Partei und Öffentlichkeit.

Oberländer war zunächst von polnischer Seite – vom kommunistischen Partei- und Regierungschef Wladyslaw Gomulka persönlich – im Juni 1959 beschuldigt worden, nach dem deutschen Einmarsch in die Westgebiete der Sowjetunion im Frühsommer 1941 für die systematische Ermordung polnischer Intellektueller in Lwow (Lemberg) verantwortlich gewesen zu sein. Auch die DDR begann ab August 1959 „gezielte geschichtspolitische Kampagnen gegen die Adenauer-Regierung". Gegen Oberländer erhob Albert Norden auf einer Pressekonferenz am 22. Oktober 1959 schwere Vorwürfe wegen dessen NS-Vergangenheit, und im erwähnten Schauprozess vor dem Obersten Gericht der DDR wurde Oberländer

[208] Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 124–126.

am 29. April 1960 in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.[209] Diese Vorwürfe aus Polen und der DDR reaktivierten eine inner-bundesrepublikanische Kritik, die an Oberländer schon zuvor geübt worden war. Bereits 1953 waren bei der Ernennung dieses Ex-Nationalsozialisten zum Bundesvertriebenenminister, der damit an die Stelle des NS-verfolgten Zentrumskatholiken Hans Lukaschek trat, Proteste aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion laut geworden, über die sich Bundeskanzler Adenauer jedoch hinwegsetzte.[210] Dass Oberländer im „Dritten Reich" die nationalsozialistische „Segregation als Strukturpolitik"[211] im besetzten Osteuropa zunächst als Wissenschaftler und später als Verbindungsmann zu ‚fremdvölkischen' Hilfstruppen aktiv unterstützt hatte, war kein Geheimnis, doch erst durch die NS-Vorwürfe des Ostblocks erlebte die bundesrepublikanische zweite Karriere Oberländers ihre abrupte Zäsur.[212] Der Absturz erfolgte nicht primär deshalb, weil dieser Minister ein ideales Feindbild für die SED-Propaganda abgab, die ihn als „Massenmörder", „Bonner Mordminister"[213] und als „vom Blutdurst der Pogrome des Jahres 1941 in Lwow" umwitterte „abscheuliche, antihumanistisch-pervertierte Erscheinung" des „so gekrönte[n] westdeutsche[n] System[s] der Restauration" anprangerte[214]; denn dieser Wortschwall konnte nur dürftig verdecken, dass sich Oberländers DDR-Verurteilung als NS-Massenmörder bei rechtsstaatlicher Prüfung als unhaltbar erwies.[215] Weniger die Attacken aus dem Ostblock als ein paralleler „Stimmungswandel" in der Bundesrepublik hinsichtlich der Frage, „wieviel NS-Vergangenheit die neue politische Klasse vertrug, machte Oberländer zum Fall" und verursachte 1960 seinen Sturz.[216] Unter kritischen Christdemokraten wurde das auf die Formel gebracht, Oberländer sei „niemals ein Gegner des Nationalsozialismus und niemals ein Freund der Demokratie gewesen", weshalb nach 1945 „sein Verständnis für Fairness, Rechtlichkeit, Wahrhaftigkeit, Offenheit und menschliche Rücksichtnahme […] nur unvollkommen entwickelt" geblieben sei.[217] Symptomatisch für den unionsinternen Zwiespalt war, dass eine Persönlichkeit wie Johann Baptist Gradl – wie Lukaschek ein alter Zentrumskatholik und 1965/66 selbst kurz Chef des Vertriebenenressorts – schon 1959 Oberländer das Recht bestritten hatte, als Mitverantwortlicher der

[209] Fischer, Heimat-Politiker?, S. 129f.
[210] Schwarz erklärt treffend für „symptomatisch", dass Adenauer 1953 NS-Belastete wie Oberländer ins Kabinett aufnahm, „während ein Mann des 20. Juli wie Otto Lenz" – bisher Staatssekretär im Kanzleramt – „in die Wüste geschickt wird"; vgl. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 116f.
[211] Esch, „Gesunde Verhältnisse", S. 226 und S. 325ff.
[212] Wachs, Der Fall Theodor Oberländer, S. 498 und S. 500.
[213] „Oberländer zurückgetreten", in: Neues Deutschland Nr. 123 v. 4. 5. 60, Berliner Ausgabe, S. 1.
[214] So der damalige DDR-Kulturminister; vgl. Abusch, Der Irrweg einer Nation, 8. Aufl. 1960, S. 309.
[215] Vgl. Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 62 und S. 394; zu den propagandistischen Hintergründen der DDR-Vorwürfe: Lemke, Kampagnen gegen Bonn, S. 164.
[216] Wachs, Der Fall Theodor Oberländer, S. 500.
[217] Zit. nach: Ebenda, S. 508f.

früheren NS-„Ostarbeit“ nunmehr die Ostpolitik der Bundesrepublik mitzugestalten, da „die damalige Politik“ schließlich „zu dem Unglück des deutschen Ostens geführt“ habe, „das wir heute unter so ganz anderen Umständen zu bewältigen suchen müssen“.[218]

Infolge der Vorwürfe aus dem Ostblock wurde in der Bundesrepublik ein Ermittlungsverfahren gegen Oberländer eingeleitet, das von der Bonner Staatsanwaltschaft allerdings im April 1961 „mangels begründeten Tatverdachts“ eingestellt wurde. Bereits im September 1959 hatte Oberländer Adenauer seinen Rücktritt angeboten, was der Kanzler jedoch unter Hinweis auf die kommunistische Herkunft der NS-Vorwürfe strikt ablehnte. Gleichwohl steigerte sich die Kritik an Oberländer auch in der Union. Im Januar 1960 verlangte der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd Bucerius in der von ihm verlegten Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ den Rücktritt des Ministers. Dies wurde von Adenauer zwar scharf gerügt, doch schon Ende Februar einigten sich Kanzler und Minister auf Oberländers schrittweisen Abgang, der mit einer Beurlaubung bis zur Klärung der Vorwürfe beginnen sollte. Diese sanfte Ausstiegsstrategie wurde durch den Antrag der SPD-Opposition auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und durch weitere öffentliche Anklagen Moskaus und Ost-Berlins „jäh durchkreuzt“. CDU-Politiker wie Gradl stellten sich nunmehr öffentlich gegen Oberländer, der sich in einer Fragestunde des Bundestages am 8. April 1960 zudem in Widersprüche verwickelte. Daraufhin erklärte der aus Oberschlesien stammende CDU-Abgeordnete Hermann Ehren in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die bisherige Behandlung des Falls Oberländer habe „starke Spannungen innerhalb der Vertriebenen selbst“ ausgelöst; man könne „nicht deswegen, weil die Vorwürfe gegen Dr. Oberländer aus dem Osten kämen, diese Vorwürfe nicht überprüfen“. Bereits am 4. Mai 1960 erklärte Oberländer seinen Rücktritt als Bundesminister.[219] Es hatte nichts genützt, dass Adenauer Ende 1959 im Bundestag noch hatte erklären lassen, „daß nach allem, was bekannt ist, gegen Herrn Kollegen Oberländer ein Vorwurf nicht erhoben werden kann“ und dass deshalb die Regierung „Vertrauen zu Herrn Oberländer“ habe.[220] 1961 schied Oberländer auch aus dem Bundestag aus, in den er durch den Zufall einer Mandatserledigung 1963 als Nachrücker allerdings nochmals zurückkehrte. Erst 1965 endete Oberländers Parlamentskarriere – gleichzeitig mit der seines Minister-Nachfolgers, CDU-Fraktionskollegen und einstigen NSDAP-Parteigenossen Hans Krüger.

Im Unterschied zu Oberländer erfolgte der Sturz Hans Krügers als Vertriebenenminister „weniger spektakulär und langwierig“.[221] Auslöser waren auch diesmal DDR-Vorwürfe wegen einer schuldbeladenen NS-Vergangenheit, die wiederum von Albert Norden lanciert wurden – dem aus Oberschlesien stammenden „Rabbinersohn im Politbüro“, dessen Vater im KZ Theresienstadt umgekommen

218 Zit. nach: Ebenda, S. 345.
219 Fischer, Heimat-Politiker?, S. 130–132 und S. 134f.
220 Zitiert nach: Norden, Ereignisse und Erlebtes, S. 231.
221 Fischer, Heimat-Politiker?, S. 135.